Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Montag, 16.07.2018,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:	14:00 Uhr
Ende der Sitzung:	17:00 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Ingrid Ballmann	
Frau Marion Becker	bis 16:45 Uhr
Herr Karlheinz Bein	
Herr Michael Berninger	
Herr Joachim Bieber	
Herr Kurt Bittner	bis 16:45 Uhr
Herr Harald Blankart	
Herr Thomas Borgwardt	
Herr Helmut Demel	bis 15:45 Uhr
Herr Erwin Dotzel	
Herr Roland Eppig	
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn	
Frau Edeltraud Fecher	
Herr Dietmar Fieger	bis 16:15 Uhr
Herr Ulrich Frey	
Herr Boris Großkinsky	bis 16:55 Uhr
Herr Dr. Florian Herrmann	
Herr Dr. Heinz Kaiser	
Frau Claudia Kappes	
Frau Sabine Kettinger	
Herr Thomas Köhler	ab 15:00 Uhr
Frau Hannelore Kreuzer	
Herr Erich Kuhn	
Herr Edwin Lieb	
Herr Dr. Heinz Linduschka	bis 16:50 Uhr
Herr Peter Maurer	
Herr Thorsten Meyerer	
Frau Petra Münzel	
Herr Karlheinz Paulus	
Herr Berthold Rüth	bis 17:15 Uhr
Herr Otto Schmedding	
Herr Engelbert Schmid	bis 17:15 Uhr
Herr Siegfried Scholtka	
Herr Bernd Schötterl	
Frau Monika Schuck	
Herr Rudi Schuck	
Frau Dr. Nina Schüßler	
Herr Erich Stappel	
Herr Ansgar Stich	bis 17:00 Uhr
Herr Matthias Ullmer	
Herr Karl Josef Ullrich	

Herr Roland Weber
Frau Ruth Weitz
Herr Günther Winkler
Frau Monika Wolf-Pleßmann
Herr Dietmar Wolz
Frau Susanne Wörner
Herr Frank Zimmermann
Herr Thomas Zöller

Entschuldigt gefehlt haben:

Kreistagsmitglieder

Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Frau Regina Frey
Herr Michael Günther
Herr Matthias Luxem
Herr Günther Oettinger
Frau Karin Passow
Herr Jürgen Reinhard
Herr Peter Schmitt
Herr Manfred Schüßler
Herr Stefan Schwab
Herr Gernot Winter

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Betz, Nahverkehrsbeauftragter	Zu TOP12
Herr Feil, Leiter Abt. 1	Juristische Sitzungsbegleitung
Frau Hörnig, Leiterin UB 4	Zu TOP 4 und 5
Herr Krämer, Leiter UB 3	
Herr Rosel, Leiter Abt. 3	Zu TOP 12
Frau Seidel, Leiterin UB 1	
Herr Wosnik, Leiter UB 5	Zu TOP 9 und 10ß
Frau Zipf-Heim, B 1.1	Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Frau Vogel	Jobcenter Miltenberg, zu ‚TOP 1
Herr Feußner, Herr Eifert	Sparkasse Miltenberg-Obernburg, zu TOP 2
Herr Krug	ZENTEC GmbH, zu TOP 3

Tagesordnung:

1 Sachstandsbericht JobCenter

2 Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2017

3 Geschäftsbericht 2018 ZENTEC GmbH Großwallstadt und Initiative Bayerischer Untermain

4 Jahresabschluss 2016 des Landkreises Miltenberg;
a) örtliche Prüfung
b) Feststellung

5 Jahresabschluss 2016 - Erteilung der Entlastung

6 Jahresabschluss 2016 – Verwendung des Jahresüberschusses

7 Jahresabschlussbericht (Bilanz) 2017

8 Bestellung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

9 Solare Potentiale der kreiseigenen Liegenschaften - Beschluss zur Aufstellung eines Ausbauprogramms

10 Beschluss zum Fachgutachten des Regionalen Planungsverbandes zu den Themenbereichen Verkehr und Siedlung

11 Gesellschafterversammlung GKS; Beschlussfassung zur Vertretung des Landrates im Falle seiner Verhinderung

12 Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Region Bayerischer Untermain

13 Anfragen

Landrat Scherf gibt vor dem Einstieg in die Tagesordnung folgende Hinweise:

Internationaler Chorwettbewerb

- Rückblick: Dank an Chöre, Gastfamilien, besonders an Veranstaltungsleitung Juliana Fleischmann und den künstlerischen Leiter Patrick Lagerpusch (sensationelle Auswahl & neuer Festivalchor)
- Vorbereitung für 13. Internationalen Chorwettbewerb mit Maintal-Sängerbund und den beiden Sängerkreisen ab Herbst 2018

Unterfränkische Kulturtage

- Gelungener Auftakt, bereits 2 Wochenenden
- Heute Abend Schulen gestalten musischen Abend in der Abteikirche
- Morgen Abend Führung durch die „Spät-Gotik-Stadt Amorbach“

Kommunale Abfallwirtschaft:

- Wertstoffhof : Neue Öffnungszeiten ab 1.8.2018
- Tag der Offenen Tür Baustelle Guggenberg: 26.7.2018, 17 Uhr in Guggenberg – Anmeldung bitte über die Kommunale Abfallwirtschaft (oder heute hier!)

Dreiländerradtour

- 2. – 4. August: Wir präsentieren uns als Landkreis MIL vor der Gebietskulisse Odenwald:
- Mitmachen: Flyer!!!

Roland Schwing Brücke:

- Samstag, 4. August, 18 Uhr, wird die Staatsministerin Aigner die Brücke Sulzbach-Niedernberg in Anerkennung und Erinnerung der Verdienste meines Vorgängers zur „Roland Schwing Brücke“ ernennen. Trotz des schwierigen Termins Samstagabend in der Urlaubszeit würde ich mich freuen, wenn jede Fraktion vertreten wäre, da diese Namensgebung auf einem gemeinsamen Antrag der sieben Kreistagsfraktionen und meiner Person zurückgeht.
- Einladung folgt schriftlich.

Tagesordnungspunkt 1:
Sachstandsbericht JobCenter

Nach kurzer persönlicher Vorstellung berichtet Frau Vogel, Geschäftsführerin Jobcenter Miltenberg, anhand beiliegender Präsentation über die Organisation und Arbeitsweise des Jobcenters Landkreis Miltenberg.

Kreisrat Dr. Linduschka möchte wissen, ob es Besonderheiten des Jobcenters Miltenberg bezüglich Problemen, Struktur o.ä. gegenüber anderen bayerischen Jobcentern gebe. Er fragt, ob es besondere Aufgaben gebe, auf die besonders reagiert werden müsste oder ob das Jobcenter Miltenberg im Durchschnitt sei.

Frau Vogel antwortet, dass das Jobcenter Miltenberg im Durchschnitt sei. Es gebe eine Einteilung der Jobcenter bundesweit nach Klastern. Miltenberg sei im Klaster B, das bedeute guter regionaler Arbeitsmarkt, Bedarfsgemeinschaften mit relativ wenig Angehörigen, eine gute Lage im Rhein-Main-Gebiet. Das Jobcenter Miltenberg sei gut aufgestellt, es gebe keine Auffälligkeiten. Sie sei auch glücklich und zufrieden, dass das Jobcenter Miltenberg friedliebende Kunden habe. Viele Menschen seien den Jobcenter-Mitarbeitern noch aus Agentur-Zeiten bekannt. Die Ziele würden der Größe des Jobcenters angepasst. Man habe momen-

tan1833 Bedarfsgemeinschaften, im Vergleich zum letzten Jahr Stand Mai seien 100 Bedarfsgemeinschaften abgebaut worden. Das Jobcenter arbeite sehr erfolgreich, der Nachteil dabei sei aber, dass das Budget immer mehr zusammengestrichen werde, weil man weniger erwerbsfähige Leistungsberechtigte habe.

Kreisrat Stappel findet es besorgniserregend, dass 532 Kunden unter 25 Jahren ohne Arbeit seien, wenn er das Stellenangebot und die Suche nach jungen Menschen dagegenstelle. Er möchte wissen, was dagegen unternommen werde, um diese Kostenträger in Arbeit zu bringen.

Landrat Scherf stimmt der Sorge von Kreisrat Stappel zu. Genau daher sei das Projekt der Jugendberufsagentur u.a. mit Einbeziehung des Jobcenters geschaffen worden und vom Kreistag beschlossen wurden, damit mehr Jugendliche ins Berufsleben integriert werden können.

Frau Vogel ergänzt, dass es eine sehr anspruchsvolle Aufgabe sei, diese jungen Menschen zu integrieren, wenn der eigene Wille fehle.

Landrat Scherf sagt dazu, dass hier die unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit des U25-Teams des Jobcenters aufhöre und betont, dass genau hier das Casemanagement der Jugendberufsagentur anfange. In einem Jahre werde ein Zwischenbericht abgegeben, wie die Jugendberufsagentur angelaufen sei.

Kreisrat Lieb berichtet aus seiner Erfahrung von der Zusammenarbeit mit der Caritas und dem Jobcenter, dass Willige und Gesunde über das Jobcenter wieder in Arbeit gebracht werden könnten. Die Aufgabe des Jobcenters, für kranke Menschen Arbeit zu finden, sei allerdings sehr schwer. Er spricht den Mitarbeitern des Jobcenters seinen Dank für ihre Arbeit aus.

Landrat Scherf sagt im Namen aller Fraktionen, dass sie hinter der Arbeit des Jobcenters stünden und wüssten, dass das Jobcenter eine schwere Arbeit leiste und diese gut und verantwortungsvoll ausübe. An den Knackpunkten müssten alle zusammenhelfen und deswegen habe man das besondere Instrumentarium der Jugendberufsagentur eingerichtet, um hier unterstützend einzugreifen.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:
Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2017

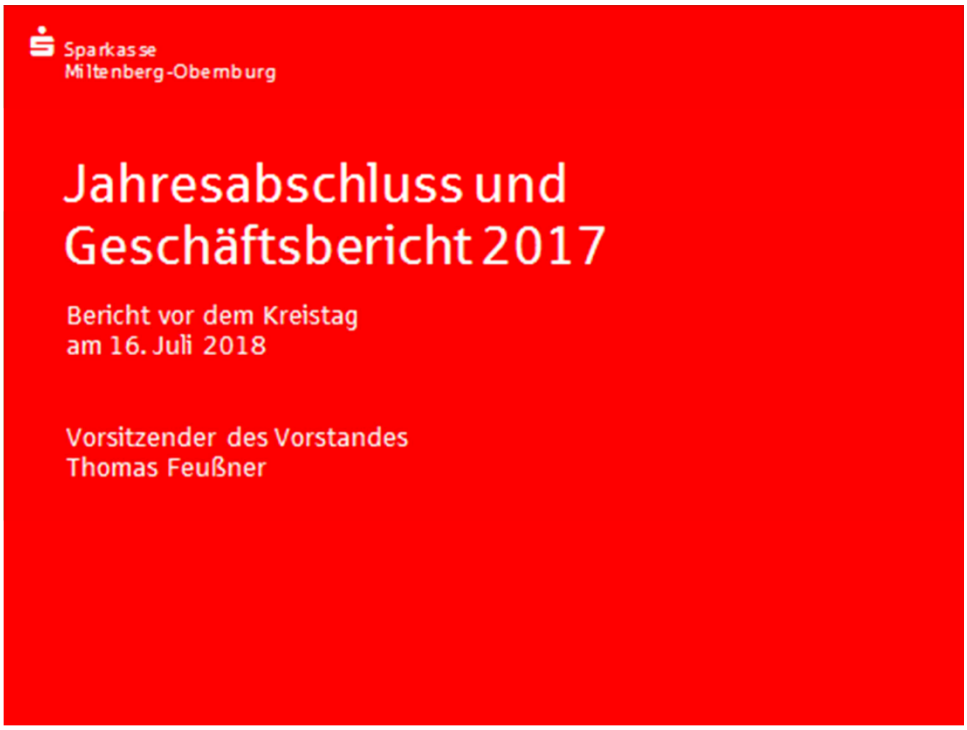
Kennzahlen 2017 im Überblick

	Millionen Euro	**Veränderung 2016/2017 in Prozent**
Money-under-Management (Summe Spareinlagen, Bausparguthaben, Wertpapierdepots und Rückkaufswerte Lebensversicherungen)	2.295	+4,6%

Bestand Ausleihungen an Kunden	1.047	+1,5%
Kreditzusagen	181	-13,7%
Altersvorsorge Lebensversicherungen (Beitragssumme Kundenneugeschäft)	18	-19,4%
Bausparen (Bausparsumme Neugeschäft)	66	+6,9%
Wertpapiere Bestand Kundendepots Bestand Investmentfonds Wertpapierumsatz	 334 176 286	 +2,5% +19,3% +35,6%
Bilanzsumme zum Stichtag	1.981	+3,5%
Bilanzgewinn in Tausend Euro	2.694	+1,9%

	2017	**2016**
Geschäftsstellen	28	28
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	423	447
Auszubildende	28	33
Ausbildungsquote	ca. 6,6%	ca. 7,4%
Sponsoring, Spenden (einschl. Stiftungen)	ca. 250.000 €	ca. 260.000 €

	2017	**Veränderung 2016/2017 in Prozent**
Anzahl Online-Girokonten	ca. 38.000 (entspricht ca. 60% aller Girokonten)	+6,9%
Anzahl Besuche Homepage (Aufrufe Startseite)	ca. 6 Mio.	+110,7%
Anzahl Nutzer Sparkassen-App	ca. 11.000	+22,2%
Nutzung elektronisches Postfach	ca. 67% der Onlinebanking-Nutzer	+3,7%



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

seit 182 Jahren gibt es die Sparkasse hier im Landkreis Miltenberg. Man darf also mit allem Respekt von einer „alten Dame“ reden. Einer „alten Dame“, die in all den Jahren Vieles gesehen und erlebt hat. Und die über die Zeit – unter ganz unterschiedlichen Vorzeichen – immer ein wichtiger Teil dieser Region war.

Wie schaut es damit heute aus? Braucht man die „alte Dame“ noch? Kann sie überhaupt noch Schritt halten? Das sind Fragen, zu denen ich Ihnen heute einige Antworten aus unserer Sicht geben möchte.

Stichwort: „Unsere Sicht“ – und damit eins nach dem Anderen: Wir als Vorstand bedanken uns zunächst für die Einladung zur heutigen Sitzung. Traditionell berichte ich Ihnen als Vorstandsvorsitzender. Ich spreche damit natürlich auch für meine Vorstandskollegen, Herrn Kehrer und Herrn Ehni. Wie Sie es bereits gewohnt sind, habe ich auch heute Herrn Eifert dabei, der seit 1. Januar 2018 stellvertretendes Vorstandsmitglied ist.

Beginnen möchte ich wie gewohnt mit einem Rückblick: Wie ist das Jahr 2017 für unsere Sparkasse gelaufen? Aber auch: Was ist in der Welt – vor allem natürlich in der Finanzwelt – passiert?

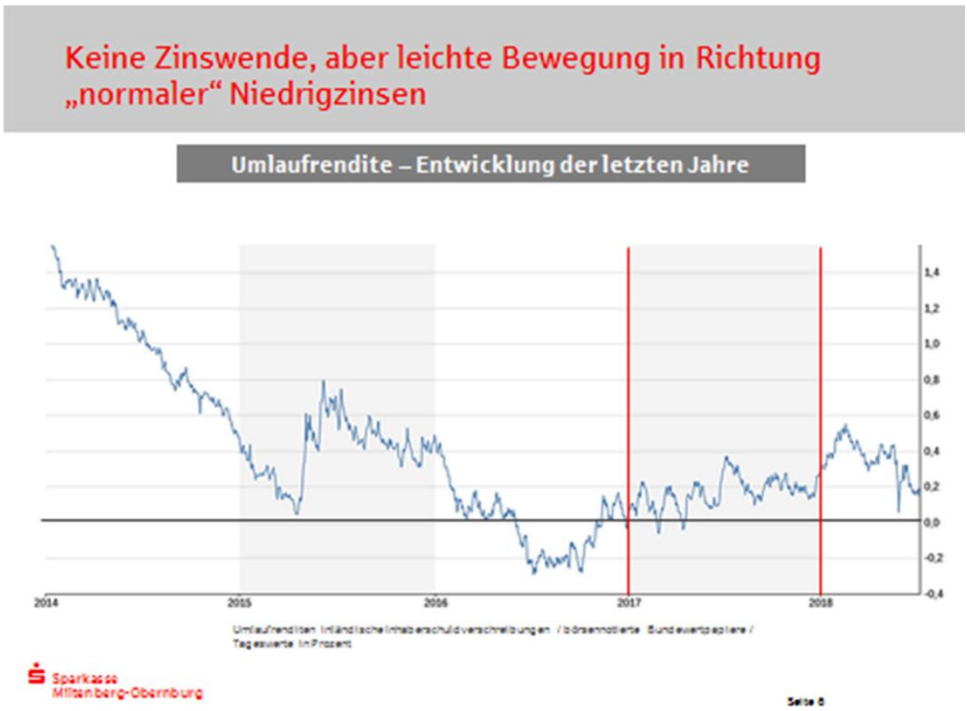
Schon an den Geschäftszahlen werden Sie erkennen: Gebraucht wird sie noch, die „alte Dame". Wie sich dabei die Rahmenbedingungen verändern und was das für die Sparkasse heißt, darüber möchte ich zum Abschluss einige Gedanken verlieren. Das große Thema heißt hier – Sie ahnen es – „Digitalisierung".

Lassen Sie mich zunächst einen Blick auf „Welt“ und „Wirtschaft“ werfen.
Das Brexit-Referendum und die Wahl Trumps zum US-Präsidenten haben wir, sagen wir es mal so, bereits 2016 schlucken müssen. Zwischenzeitlich erscheinen etwa die Brexit-Verhandlungen festgefahren und Trump setzt seinen unberechenbaren Kurs fort. Der aktuelle Handelsstreit der USA mit der Europäischen Union, aber auch mit China und der Umgang mit Nordkorea sind da nur zwei Beispiele – weitere Entwicklung und Ausgang ungewiss.

Und was machen Wirtschaft und Märkte mit solchen Meldungen?
Ich drücke es mal so aus: Die schwere Kost wird bisher meist erstaunlich gut und schnell verdaut. Und so konnten die meisten, in der Mehrzahl eher verhaltenen Prognosen für das Jahr 2017 übertroffen werden.

Das weltweite Wirtschaftswachstum lag bei rund 3,8 Prozent – ein gutes Stück über dem Vorjahreswert. Und auch in Deutschland profitieren wir weiterhin von niedrigen Zinsen, steigender Kaufkraft und in der Folge einer robusten Nachfrage.

Für die Europäische Zentralbank wird die Aufgabe allerdings nicht leichter: Die „eine richtige" Geldpolitik gibt es für einen so heterogenen Wirtschaftsraum wie die Europäische Union nicht. Hinzu kommt: In den USA sind die Zinsen inzwischen deutlich gestiegen. Die Schere geht weiter auseinander – das sieht auch die EZB.



Für Banken und Sparkassen ist die Situation nach wie vor schwierig und aufgrund der geringen Planbarkeit auch gefährlich. Denn es ist keineswegs „ausgemacht", ob und wie stark die Zinsen denn in den kommenden Jahren steigen. Der Zins ist nach wie vor unsere größte Ertragsquelle. In (geld-) politisch verzerrten Märkten hier die richtige Strategie zu fahren, ist nicht ohne.

Den Sparern geht es nicht viel besser. In jedem Fall ist es an der Zeit, dass die ungesunde Verwerfung bei den Zinsen beseitigt wird. Es steht viel auf dem Spiel – denken Sie nur an die so dringend notwendige private Vorsorge. Die mickrigen Zinsen wirken sich hier fatal aus und die Lust am Sparen leidet obendrein. Getan werden muss aber trotzdem was. Deshalb braucht es Alternativen und gute Beratung. Beides gibt es bei unserer Sparkasse – ich komme darauf zurück.

Die globalen Aktienmärkte haben in 2017 weiterhin von den insgesamt niedrigen Zinsen, dem erheblichen „Anlagenotstand“ und der robusten Entwicklung der Weltwirtschaft profitiert. Sicher auch mangels Alternativen floss viel der reichlich vorhandenen Liquidität in Aktien. Die großen Leitindizes der Welt warteten für 2017 allesamt mit einem Plus auf: Satte 12,5% waren es zum Beispiel beim DAX. Auch daran zeigt sich, dass politische Einflüsse oft relativ schnell „weggedrückt“ werden.

Die Basis – sprich die Unternehmensgewinne – stimmt. Deshalb gehören Aktien auch für Privatanleger weiterhin unbedingt dazu. Zuletzt ist die See allerdings deutlich rauer geworden. Die Märkte sind nicht frei von Risiken und Anleger müssen sich aus unserer Sicht weiter auf Turbulenzen einstellen. Hier geht es um das richtige Maß und die passende Strategie, um auch Rücksetzer an Märkten gut verkraften und vielleicht sogar nutzen zu können.

Das ist für mich eine wunderbare Überleitung zum Geschäftsjahr unserer Sparkasse. Ich habe an dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, schon mal den Satz fallen lassen: „Schwierige Zeiten sind gute Zeiten für gute Beratung“. Und unsere Kunden teilen ganz offensichtlich diese Einschätzung. 2017 waren wir bei unseren Kunden gefragt wie lange nicht. Das schlägt sich natürlich auch in den Zahlen nieder.

Ein Blick in die Bilanz zum Jahr 2017

	2016 in Mio. €	2017 in Mio. €	Veränderung in %
Bilanzsumme	1.914	1.981	+3,5%
Bilanzgewinn	2,64	2,69	+1,9%
Eigenkapital	123	126	+2,2%
Anvertrautes Kundenvermögen	2.194	2.295	+4,6%
Ausleihungen an Kunden	1.032	1.047	+1,5%

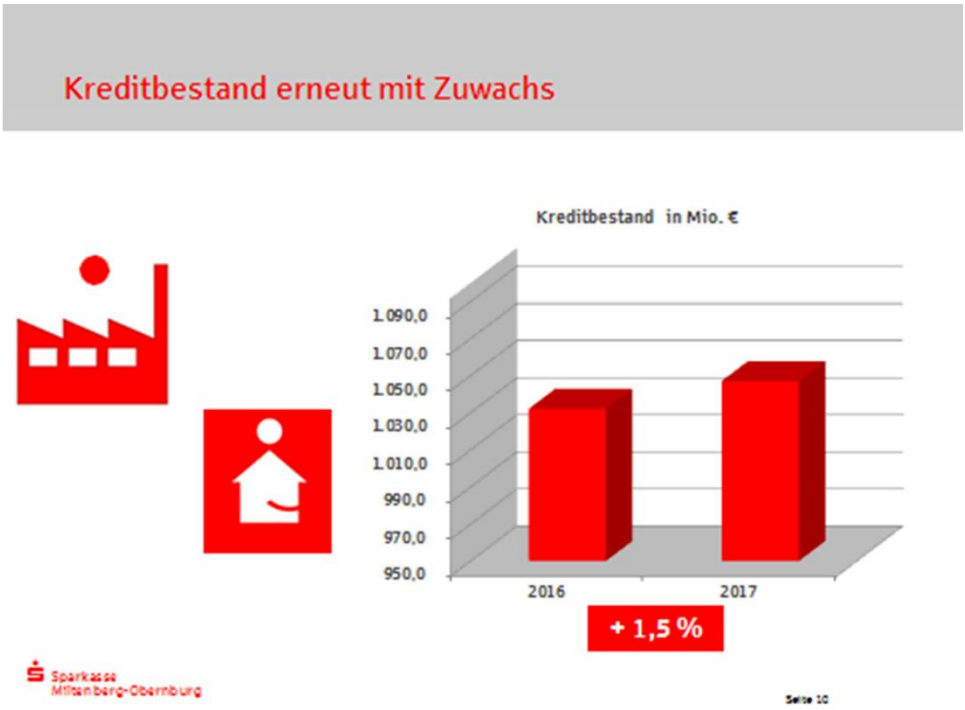
Sparkasse Miltenberg-Obernburg

Seite 9

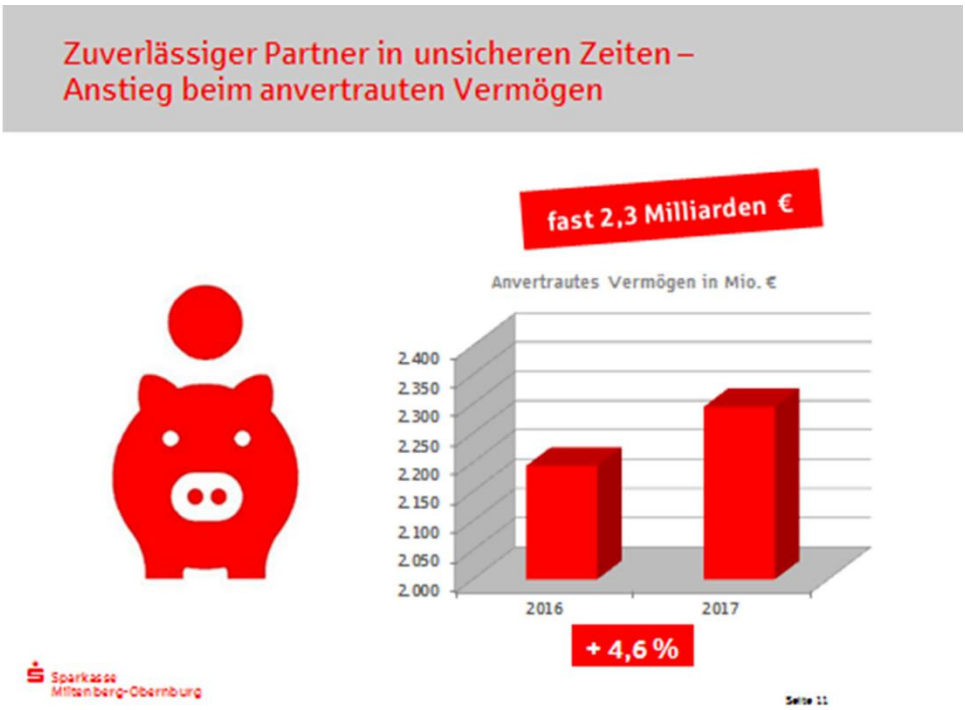
Schon der erste Blick auf die Bilanz zeigt, warum wir mit dem Jahr zufrieden sein können. Unser Geschäft ist auch 2017 gewachsen – vor allem unser Kundengeschäft. Das Plus bei der Bilanzsumme kommt zu einem guten Stück aus einem weiterhin dynamischen Kreditgeschäft – nicht ganz verwunderlich bei der bereits besprochenen Zinssituation – aber eben auch kein Selbstläufer.

Ebenfalls nicht selbstverständlich ist, dass uns unsere Kunden erneut mehr Geld anvertraut haben. An den exorbitanten Zinsen kann es ja nicht liegen. Bei aller Bescheidenheit: Es muss also auch etwas mit uns und unserer Beratung zu tun haben. Dass ich mir das nicht ausdenke, zeigen auch die Ergebnisse der jüngsten Umfragen bei unseren Kunden: Sowohl unsere Firmen- als auch unsere Privatkunden haben uns ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Ich komme später noch mal darauf zu sprechen.

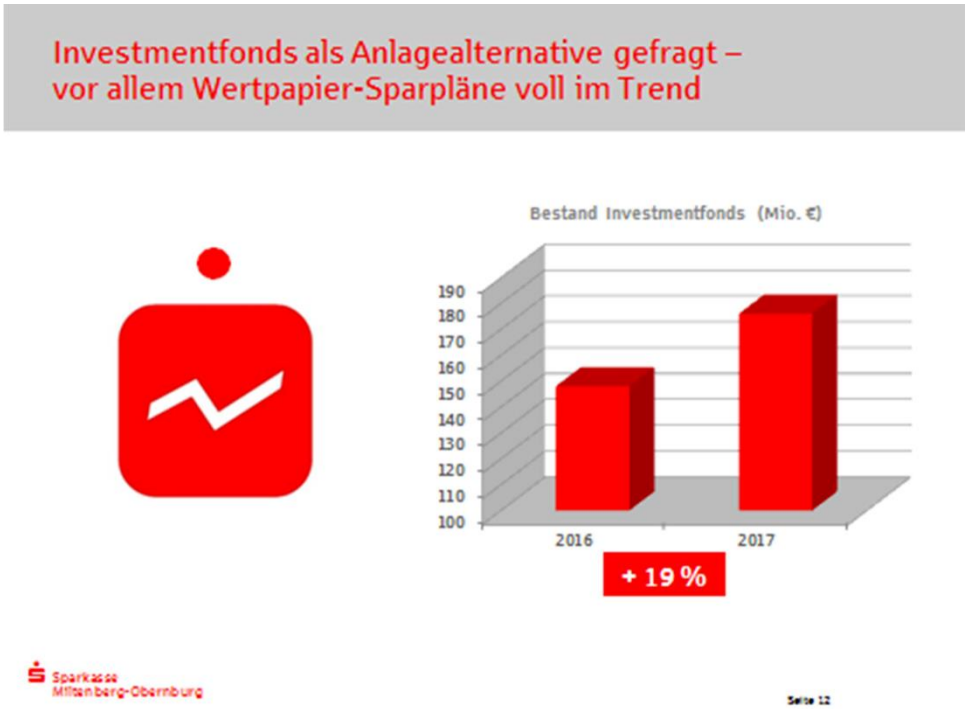
Zurück zum Geschäftsjahr: Es ist gut gelaufen für die Sparkasse – wir sind zufrieden. Nicht zu verwechseln mit „selbstzufrieden“, denn dafür besteht kein Anlass. Der Zinsüberschuss als wichtigste Säule auf der Ertragsseite ist seit Jahren rückläufig. In 2017 konnten wir das durch ein starkes Kundengeschäft und Einsparungen auf der Kostenseite kompensieren – im Ergebnis damit sogar leicht zulegen. Die gute Nachricht: Wir haben bisher unsere Hausaufgaben gemacht. Viele Entscheidungen der letzten Jahre waren notwendig und goldrichtig. Die schlechte Nachricht: Der Zinsüberschuss fällt weiter – je länger das Zinstief dauert, desto mehr. Erfreulicherweise hatten wir in 2017 unsere Risiken gut im Griff und konnten unser Eigenkapital weiter stärken. Neben dem Bilanzgewinn haben wir weitere Reserven gebildet, die der Sparkasse für die Zukunft richtig gut tun. Denn nicht nur der Zinsertrag steht unter Druck, die Bankenaufsicht will künftig noch mehr Eigenkapital in den Bankbilanzen sehen. Da ist jeder Euro Gewinn, den wir wieder in unsere Sparkasse investieren, notwendig und bestens angelegt.



Schauen wir etwas genauer hin: Beim Kreditgeschäft konnten wir 2017 erneut zulegen – ein Plus von 1,5% beim Kreditbestand steht hier in den Büchern. Auch das Neugeschäft liegt weiter auf hohem Niveau – und das ist gut für unsere Sparkasse und für die Region: Mehr als 180 Mio. Euro wurden von Handwerk, Handel und Mittelstand, natürlich aber auch den privaten „Häuslebauern“ mit Hilfe der Sparkasse in die Region investiert. Wir sind vor Ort und hier werden auch die Entscheidungen getroffen. Vor allem aber sind wir auch für die Zukunft der leistungsstärkste Partner im Kreditgeschäft im Landkreis Miltenberg. Ich denke für Sie als Kommunalpolitiker ist das eine ganz wichtige Botschaft.



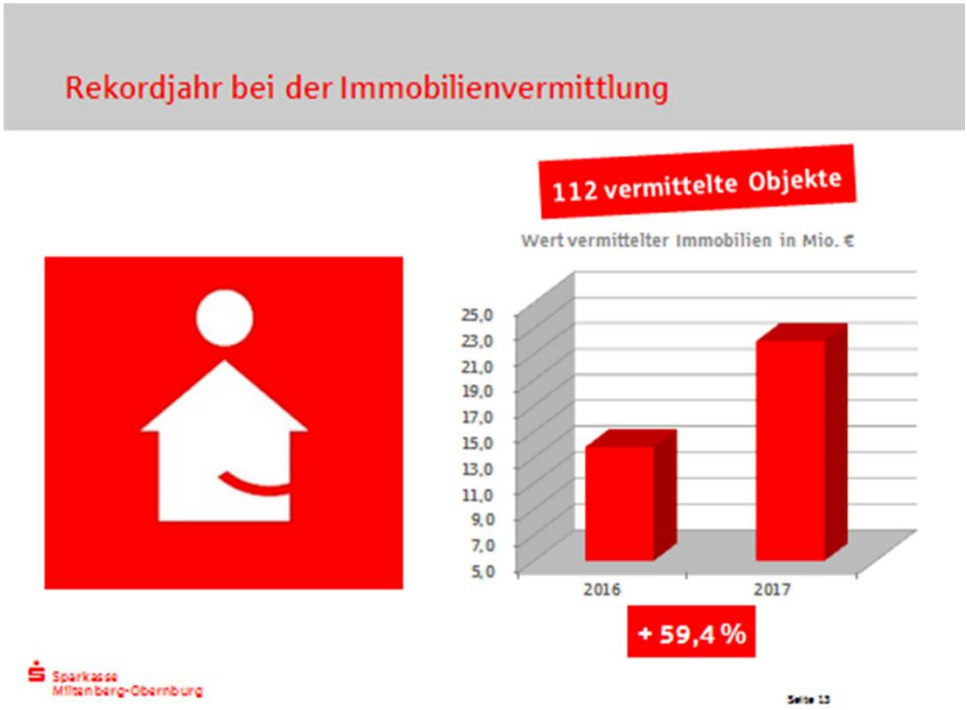
Verlässlichkeit ist natürlich auch den Kunden wichtig, die uns ihr Geld anvertrauen. Ich hatte es schon erwähnt: Trotz quasi Nullzins auf dem Sparbuch haben unsere Kunden auch in 2017 mehr Geld bei uns angelegt. Das liegt auf der einen Seite daran, dass die „alte Dame“ natürlich mehr zu bieten hat als das Sparbuch. Zum anvertrauten Vermögen zählen wir neben Kontoguthaben bei der Sparkasse auch Bausparguthaben, Wertpapier-Bestände und Guthaben in Lebensversicherungen. Der Zuwachs hat aus unserer Sicht allerdings auch etwas mit Vertrauen in die Institution „Sparkasse“ und der Zufriedenheit mit unserer Beratung zu tun.



Natürlich suchen die Sparer und Anleger aktuell nach Alternativen. Unsere Antwort ist Ihnen dabei nicht neu: „Es kommt darauf an“. Sprich: Individuelle und auf die ganz persönliche Situation zugeschnittene Lösungen müssen her. Und hier ist es uns auch 2017 gelungen, zu punkten.

Auch wenn die Deutschen gemeinhin immer noch als „Börsenmuffel“ bezeichnet werden können, waren bei uns im letzten Jahr vor allem Investmentfonds gefragt. Ablesen lässt sich das gut an der Bestandsentwicklung: Hier schlägt ein Plus von fast 20% zu Buche. Immer beliebter werden dabei Wertpapier-Sparpläne.

Des Einen Freud‘, des Anderen Leid. Die klassische Lebensversicherung tut sich aktuell ungleich schwerer. Auch bei uns ist die Nachfrage spürbar zurückgegangen – im Vergleich zu 2016 um knapp 20%. Unter Renditegesichtspunkten kann ich das durchaus nachvollziehen. Aber: Es geht eben auch um Sicherheit.



Mehr Spaß macht es zugegeben, sich mit dem Traum vom Eigenheim zu beschäftigen. Dabei haben wir in 2017 nicht nur gerne, sondern äußerst erfolgreich geholfen – als „Finanzierer“ und als Makler. Mehr als zwei Mal die Woche saßen hier im Landkreis Menschen mit einem unserer Makler beim Notar. Das hatten wir noch nie und wir sind richtig stolz darauf. Die „alte Dame“ hat ganz neue Stärken an sich entdeckt. Dabei liegt es auf der Hand, als Verkaufs- oder Kaufinteressent mit der Sparkasse zu sprechen. Rund die Hälfte davon ist Kunde bei uns – wir müssen sie

„nur“ zusammenbringen. Die Finanzierung liefern wir wie gesagt gleich mit, einfacher geht es nicht. Natürlich profitieren wir hier auch vom Marktumfeld. Das wollen wir auch weiter nutzen und unser Geschäft ausbauen.
Gleichwohl: Besonders im nördlichen Landkreis übersteigt die Nachfrage nach Immobilienobjekten das Angebot – diese hohe Nachfrage konnten wir hier nicht befriedigen.

Neben guten Geschäftszahlen und erfreulichem Feedback unserer Kunden haben wir uns zuletzt auch über eine Reihe an Auszeichnungen gefreut. So konnten zum Beispiel eben unsere Immobilienmakler „größengewichtet“ den Titel „bester Immobilienvermittler“ im bayerischen Sparkassenvergleich ergattern.

In 2017 ist es uns zudem gelungen, bei einem Qualitäts-Audit durch das renommierte Institut für Vermögensaufbau die Bestnote zu erzielen – bei meinem letzten Bericht hier im Kreistag waren die Ergebnisse noch druckfrisch. 5 von 5 Sternen in Sachen Qualitäts-Standards, Beratungs-Prozesse und Kundenberatung in der Praxis sind nicht nur sehr erfreulich für uns, sondern im Vergleich zu den anderen bereits geprüften Kreditinstituten auch klar überdurchschnittlich.

Sozusagen den „Hattrick“ haben unsere Berater im Firmenkundengeschäft geschafft: Bereits zum dritten Mal sind wir „Förderprofi“. Die BayernLB zeichnet uns damit für das höchste Förderkreditgeschäft in Unterfranken aus – ein „Titel“, über

den wir uns besonders freuen, zeigt er doch, dass unsere Berater ihren Kunden ganzheitliche und hochwertige Lösungen bieten.

Meine Damen und Herren Kreisräte, natürlich ist nicht alles Gold was glänzt. Das Umfeld ist nicht einfach, die Branche ist es ebenso wenig. Aber: Die Sparkasse ist gefragt und sie ist erfolgreich. Wir werden trotzdem weiter unsere Hausaufgaben machen müssen. Und das gilt nicht zuletzt bei der Digitalisierung.

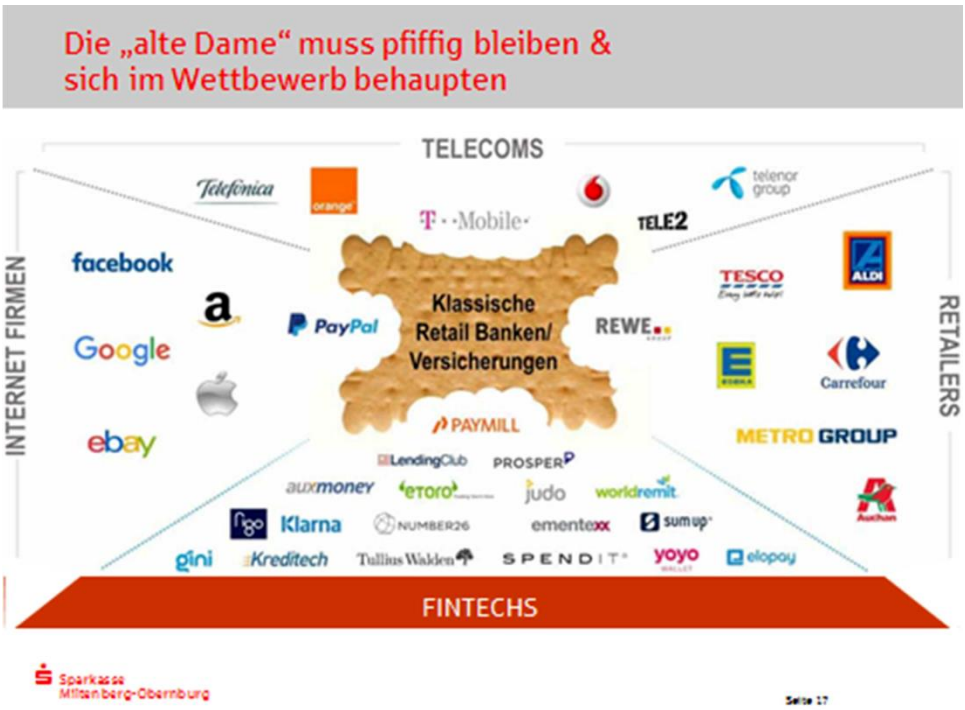
Aus gutem Grund kam im letzten Jahr aus Ihrem Kreis die Frage, wie die Sparkasse denn in Sachen Digitalisierung aufgestellt ist. Ich habe den Ball gerne aufgenommen und will Ihnen jetzt einen Eindruck davon geben, was Digitalisierung für uns heißt und wie wir damit umgehen.

Lassen wir zunächst mal Fakten sprechen:

- knapp 2/3 aller unserer Girokonten sind bereits online – Tendenz steigend.
- unsere Homepage ist mit ca. 6 Mio. Zugriffen unangefochten die größte Filiale. Die Anzahl der Besuche hat sich 2017 mehr als verdoppelt.
- 11.000 unserer Kunden nutzen die mehrfach preisgekrönten Sparkassen- App. Über 20% mehr als noch 2016.
- 2/3 unserer „Online-Kunden“ kommunizieren mit uns digital & sicher – über das elektronische Postfach.

Mit diesen Zahlen sind wir in Bayern ziemlich weit vorne. Vor allem aber wird aus meiner Sicht deutlich: Die Digitalisierung kommt nicht, sie ist schon längst da.

Schauen wir in den Alltag: Denken Sie etwa an den „smarten“ Fernseher, den „smarten“ Kühlschrank oder die „smarte“ Heizanlage bei Ihnen zu Hause. Oder Hand auf’s Herz – wer von Ihnen hätte es vor ein paar Jahren für möglich gehalten, die Steuerklärung papierlos abgeben zu können. Ganz zu schweigen von den Anwendungsmöglichkeiten im Wirtschaftsleben – Stichwort: Industrie 4.0.



Klar ist für mich aber auch: Sowohl wir als auch andere Branchen stehen noch ziemlich am Anfang, was die Auswirkungen der Digitalsierung angeht.

Insofern ist aus unserer Sicht auch nicht die Frage „ob“ wir das mit dieser „Digitalisierung“ und diesem „Internet“ mitmachen, sondern „wie“ wir es am geschicktesten tun. Denn: Der Wettbewerb hat längst erkannt, wie gut sich in der digitalen Welt mit Leistungen rund um’s Geld Geschäfte machen lassen. Und wir reden dabei längst nicht mehr nur von anderen Banken. Da sind einerseits natürlich die großen digitalen „Player“ wie Google, Amazon oder Facebook, Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche und große Handelsketten, die auf diesen Zug aufspringen. Dann gibt es da noch eine Vielzahl sogenannter „FinTechs“, die mit oft innovativen Ideen auf den Markt der Finanzdienstleistungen drängen.

Das klingt nun zunächst mal nach wenig Grund zur Freude. Aber wie das im Leben so ist: Wo es Veränderung und Risiken gibt, liegen immer auch Chancen. Außerdem haben wir einen immensen Vorteil, um den uns viele andere Akteure beneiden: Wir können beides: persönlich und digital. Wir haben die meisten Geschäftsstellen und wir haben die meisten Online-Konten. Die großen und wichtigen Entscheidungen im Leben wollen Menschen auch in Zukunft mit Menschen besprechen – da bin ich mir sicher: Die Finanzierung der eigenen vier Wände, die Altersvorsorge oder die Absicherung der Familie.

Fakt ist: Wir müssen in beiden Welten leben und in beiden Welten Geld verdienen. Das gilt für uns als Sparkasse genauso wie für jedes andere Unternehmen – es gibt hier in der Region wunderbare Beispiele dafür, wie das funktionieren kann.

Digitaler werden und dabei trotzdem Sparkasse bleiben, lautet dabei unser Motto.

Wir haben dabei noch einen weiteren, ganz entscheidenden Vorteil gegenüber vielen „Mitbewerbern“. Und dieser Vorteil bietet – davon bin ich überzeugt – echte Geschäfts-Chancen für uns. Ich spreche vom Vertrauen in die Marke „Sparkasse“.

Datenschutz ist aktuell in aller Munde und das nicht ohne Grund. Nun mag die „DSGVO“ teils bunte Blüten treiben und ehrlich gesagt wird auch nach unserem Geschmack manchmal das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Im Kern sind wir aber völlig dabei: Die schöne neue Welt im digitalen Informationszeitalter hat auch ihre Schattenseiten. Daten sind zum Schatz geworden. Wohl kaum einem Unternehmen – schon gar nicht den Facebooks und Amazons dieser Welt – geht es um altruistische Weltverbesserung. Die Möglichkeiten werden genutzt, um Geld zu verdienen. Das ist aus meiner Sicht auch völlig legitim. Die Frage ist aber, wie es gemacht wird.

Die Diskussionen rund um Facebook machen deutlich, dass hier gesunde Skepsis angebracht ist und die Menschen sehr genau darauf achten sollten, wem sie persönliche Daten anvertrauen. Die Sparkassen – das zeigen zahlreiche Studien –

können hier von ausgezeichneten Vertrauenswerten profitieren. Unter den Kreditinstituten genießt niemand mehr Vertrauen als wir.

Zusammen mit einer hohen Kundenzufriedenheit sind das Pfunde mit denen wir wuchern können. Ich hatte es schon erwähnt – Sie sehen es jetzt hinter mir an der Wand: Bei unserer jüngsten Kundenbefragung haben uns unsere Kunden ein wirklich gutes Zeugnis ausgestellt. Weit über 90% beurteilen unsere Leistung quer über die verschiedenen Bereiche hinweg als gut, sehr gut oder sogar ausgezeichnet.

Digitaler werden und trotzdem Sparkasse bleiben. Wie gut sich die digitalen Möglichkeiten im Sinne der Kundenzufriedenheit mit unseren klassischen Stärken verbinden lassen, zeigt unsere „neueste Geschäftsstelle“.

Im September 2017 haben wir mit der Direkt-Beratung gewissermaßen eine Filiale in der digitalen Welt eröffnet. Allerdings eben mit „echten Menschen“ und kompetenter Beratung aus dem Landkreis Miltenberg – Sie sehen das junge Team unserer Direkt-Beratung im Hintergrund.

Im Prinzip handelt es sich um eine ganz normale Sparkassen-Geschäftsstelle mit allem drum und dran. Das Besondere: Kommuniziert wird unabhängig von Ort und Zeit per Text- und Video-Chat – vergleichbar mit privaten Anwendungen wie Whats

App und Skype, per Telefon & E-Mail. Beim sog. Screen-Sharing schaut der Kunde zum Beispiel direkt mit auf den Bildschirm des Beraters.

Nach einem knappen Jahr sind wir mehr als zufrieden mit der Direkt-Beratung. Besonders interessant ist die Direkt-Beratung natürlich für Kunden, die außerhalb des Landkreises wohnen. Gerade Studenten können so viel einfacher mit ihrer Sparkasse in Kontakt bleiben. Das kann aus unserer Sicht auch dazu beitragen, die Bindung an die Region besser aufrecht zu erhalten – ein Thema, das auch dem Landkreis besonders am Herzen liegt. Kurzum: Das Experiment „Direkt-Beratung“ ist gelungen und wir wollen weiter Erfahrung in diesem Bereich sammeln.

Hätten Sie sowas der „alten Dame“ Sparkasse zugetraut?

Die Sparkassen-Finanzgruppe und wir hier vor Ort können unseren Kunden zudem eine ganze Reihe weiterer innovativer Services schon heute zur Verfügung stellen, zusätzliche Dienstleistungen stehen bereits in den Startlöchern.

Daran wird aber auch deutlich, wie wichtig es ist, frühzeitig Trends zu erkennen und wettbewerbsfähige Antworten zu geben.

Mobiles Bezahlen – die heute noch gängigen Karten werden virtuell ins Smartphone integriert – steht ebenso auf der Agenda wie das Banking per Sprachesteuerung und viele weitere Funktionen und Services mehr.

Wer hätte das vor 182 Jahren gedacht?

„Banking is necessary – banks are not“ – frei übersetzt: “Bankdienstleistungen sind notwendig, Banken nicht”, hat Microsoft-Gründer Bill Gates einmal gesagt.

Schön für uns: Von Sparkassen hat er nicht gesprochen ...

Ganz im Ernst: Wir haben ein erfolgreiches Geschäftsjahr hinter uns. Und ich bin überzeugt, der Sparkasse muss auch vor der Zukunft nicht bange sein. Die Strukturen im Landkreis und in der Sparkasse sind gesund. Beste Voraussetzungen, sich auf die Chancen zu konzentrieren, die der Markt – und dazu gehört eben auch der digitale Markt – in Zukunft bietet.

Es gilt das Neue zu tun, ohne das Bewährte zu lassen. Die „alte Dame“ wird nach wie vor gebraucht. Wir sind auch im digitalen Zeitalter gut für den Landkreis Miltenberg.

Landrat Scherf dankt Herrn Feußner für den Bericht. Es sei deutlich geworden, dass das globale Umfeld nicht einfach sei, die Sparkasse aber einen guten Kurs fahre. Dafür dankt Landrat Scherf dem gesamten Team in der Sparkasse Miltenberg-Obernburg unter Führung des Vorstandes. Er dankt auch dem Verwaltungsrat, ganz besonders den Vertretern des Kreistages, Thomas Zöller, Dietmar Fieger, Bernd Schötterl, Frank Zimmermann und Roland Weber, für ihre Arbeit, durch die es gelinge, in diesem schwierigen Umfeld den besonderen Wert von Sparkasse, aus dem Landkreis Miltenberg für den Landkreis Miltenberg, weiter herauszuarbeiten und gut bestehen zu können.

Kreisrat Scholtka nennt den Bericht durchweg positiv. Er habe sich mit dem Jahresabschluss beschäftigt. Dabei sei ihm die Bezeichnung aufgefallen, auf S. 20 oben, dass die Risikokonzentration mit wesentlichen Einflüssen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Moment das größte Risiko darstelle. Er bittet um eine Erklärung, wie das vermieden werden könne und wie kalkulierbar und wie hoch dieses Risiko sei.

Kreisrat Dr. Kaiser sagt, dass man aus dem Bericht des Vorstandsvorsitzenden Herrn Feußner auch heuer wieder entnehmen könne, dass die Sparkasse bei schwierigen Rahmenbedingungen eine gute und erfolgreiche Arbeit geleistet habe. Sie sei modern und solide. Dafür von Seiten der SPD-Fraktion herzlichen Dank, vor allem an die Mitarbeiter, den Vorstand und an den Verwaltungsrat.
Die Sparkasse habe dieses Jahr im Bericht den Schwerpunkt auf die Digitalisierung gelegt. Natürlich habe die Digitalisierung und auch das schwierige Zinsumfeld bei der Sparkasse ihre Spuren hinterlassen. Im Jahre 2009 hatte man 310 Vollzeitkräfte, im Jahr 2017 seien es noch 204 gewesen, d.h. ein Drittel weniger an Vollzeitarbeitskräften. Das zeigt, dass diese Entwicklung auch ihre Schattenseiten habe. Wenn man die Bilanzsumme der Bank als Maßstab nehme, die sei in etwa gleich geblieben. Insgesamt könne man sagen, dass es ein erfolgreiches Jahr gewesen sei.
Kreisrat Dr. Kaiser bemerkt, dass die Sparkasse wieder eine gute Zahl an Auszubildenden habe. Er fragt nach der genauen Zahl, weil zwei verschiedene Zahlen im Geschäftsbericht genannt würden.
Weiterhin möchte er wissen, ob an der Berufsschule Miltenberg-Obernburg die Bankklasse erhalten bleibe.

Zu Kreisrat Scholtkas Frage antwortet Herr Feußner, dass es auf S. 20 nicht so sehr um die Risikokonzentration im Kreditgeschäft, sondern um Unternehmensbeteiligungen gehe. Die eigentliche Risikokonzentration der Sparkasse sei, dass das Geschäft nur hier in der Region gemacht werde, d.h. hier bestehe eine Risikokonzentration. Damit könne man gut schlafen, weil der Landkreis gut aufgestellt sei und die Sparkasse sehr heterogene Strukturen habe. Im Kreditgeschäft gebe es seit vielen Jahren wenig bis keine Ausfälle, so dass die Sparkasse auch im Unternehmenskreditgeschäft sehr sauber dastehe und keinerlei Risikokonzentration habe. Im Übrigen setze die Sparkasse Kredithöchstgrenzen ein, die weit unter den gesetzlichen Vorgaben seien. Bezugnehmend auf S. 20 sagt Herr Feußner, dass die Beteiligungsrisiken eines der Hauptrisiken seien. Die Sparkasse habe eine Vielzahl von Beteiligungen. Die größte davon sei die Bayerische Landesbank, dann die Versicherungskammer Bayern, die Landesbausparkasse, also alles Unternehmen aus der S-Finanzgruppe. Hier sei die Sparkasse mit Größenordnungen beteiligt, die durchaus die Sparkasse Miltenberg-Obernburg tangierten. Ein Beispiel sei vor zehn Jahren die Finanzmarktkrise gewesen, wo die Sparkasse Miltenberg-Obernburg live dabei gewesen wäre, weil man 1% z.B. an der Landesbank beteiligt sei und in dem Desaster, in dem die Bank damals gewesen sei, natürlich auch mitbeteiligt gewesen sei durch zwei Dinge: Zum einen sei der Unternehmenswert dieses Unternehmens BayernLB durch die Finanzmarktkrise arg in Mitleidenschaft geraten, d.h. man habe damals hohe Abschreibungen verdauen müssen. Die andere Sache sei gewesen, dass man neben diesen Abschreibungen auch natürlich über viele Jahre keinerlei Dividende aus diesen Beteiligungen bekomme. Dies sei der Hinweis im Geschäftsbericht. Dort stehe aber auch, dass in jeder Sparkasse in Bayern im Geschäftsbericht stehe, dass man aufgrund von diesen Beteiligungsnetzwerken Risikokonzentrationen habe. Das sei aber genetisch bedingt in der Organisation, weil man mit Landesbanken und Bausparkassen „verbandelt“ sei. Wenn diese dann Probleme hätten, schlage das natürlich bei der Sparkasse Miltenberg-Obernburg durch.
Jetzt drehe es sich ein wenig, die BayernLB sei jetzt wieder in der Lage, auszuschütten. Auch davon profitiere die Sparkasse jetzt. Als Fazit sagt Herr Feußner, dass der Hinweis völlig richtig sei, dass es hier eine Risikokonzentration gebe, die die Sparkasse tangieren könne. Diese sei aber Stand jetzt nicht so stark, dass man in irgendeiner Form existenziell davon bedroht sei.

Zum Mitarbeiterabbau sagt Herr Feußner, dass dies bereits seit Jahrzehnten der Fall sei und natürlich ganz viel mit der Digitalisierung zu tun habe, weil dies eben auch Rationalisierung bedeute. Die Sparkasse habe über die letzten Jahre über 20% der Stellen abgebaut. Die von Kreisrat Dr. Kaiser genannten Zahlen stimmten natürlich, aber seien ein klein wenig deshalb verschoben, weil die Sparkasse auch Teilzeitoffensiven hätte, wo gefördert würde, dass Mitarbeiter*innen von Vollzeit in Teilzeit gehen, d.h. man habe momentan mehr Teilzeit- als Vollzeitkräfte. Aber in Vollzeitäquivalenten sei der Rückgang der Anzahl der Mitarbeiter*innen in der Tat in der genannten Größenordnung. Was aber gleichzeitig auch passiert sei, insofern möchte er Kreisrat Dr. Kaiser ein Stück weit widersprechen, dass die Bilanzsumme auch gestiegen sei. Man hatte eine Bilanzsumme in der Größenordnung in von 1,6 Mrd. Euro, jetzt seien es 2 Mrd. Euro. Es passiere allerdings auch viel außerhalb der Bilanz, nämlich z.B. alle Wertpapierbestände. Diese würden sich nicht in der Bilanz wiederfinden. Eine andere schöne Zahl sei das Eigenkapital. Die Sparkasse habe es geschafft, dass man über viele Jahre die Zahl der Mitarbeiter*innen abgebaut habe, das sei schmerzhaft, aber man habe das Eigenkapital sehr stark ausbauen können und damit das Unternehmen stabilisiert. Man habe auch eine wesentlich höhere Produktivität als noch vor zehn Jahren. Damals hätte man auch noch viel mehr Geschäftsstellen gehabt. Es sei aber trotzdem ein Teil der Geschichte, dass in der Bankenbranche, gerade auch im Verwaltungsbereich, stark an Personal abgebaut werde und auch noch weiter abgebaut wird.
Das spiegele sich auch in den Auszubildenden wieder. Früher hatte man eine Ausbildungsquote von 10%, jetzt habe man noch 7-8%. Dieses Jahr würden zehn Auszubildende eingestellt. Die Bankenfachklasse in Miltenberg sei stark gefährdet. Es werden dieses Jahr 14 Auszubildende werden. Die anderen verbleibenden Bank hätten vier Auszubildende. Die Bankenfachklasse dürfte erst ab 16 Personen starten. Man habe es dieses Jahr hinbekommen, dass die Klasse in Miltenberg starte. Wie die Prognose für nächstes Jahr aussehe, könne man nicht sagen.

Kreisrat Lieb spricht den Mitarbeitern ein Kompliment aus. Herr Feußner habe angedeutet, dass der Immobilienmarkt sehr gut laufe und teileweise Immobilien fehlen würden. Er möchte wissen, ob es Kooperationen mit anderen Maklern gebe?
Herr Feußer habe vorgetragen, dass die Sparkasse von den niedrigen Zinsen profitiere. Kreisrat Dr. Linduschka möchte betonen, dass niedrige Zinsen für alle Leute, die Schulden hätten, gut seien, auch für die öffentliche Hand, beginnend von der Gemeinde über den Kreis bis hin zum Bund. Aber sie sind für Privatleute bezugnehmend auf die Altersvorsorge eine Katastrophe. Da helfe auch nicht der Blick auf den Aktienmarkt und auch nicht noch so eine gute Beratung durch die Sparkasse. Der Berater könne gar nicht so gut sein, um in jedem sinnvollen Fall wirklich das Mögliche und Wünschbare herauszuholen bei dieser Zinssituation.
Herr Feußner habe darauf hingewiesen, dass Digitalisierung Rationalisierung heiße und dass insgesamt die Stellen in den letzten neun Jahren um 20% abgebaut worden seien. Dadurch dass die Bilanzsumme sogar gestiegen sei, finde er den Stellenabbau eher dramatischer.
Kreisrätin Becker fragt, wie viele männliche und weibliche Auszubildende die Sparkasse momentan habe.
Ebenso möchte sie wissen, wie der Anteil von Männern und Frauen bei Voll- und Teilzeit sei. Meistens seien es die Frauen, die in Teilzeit gingen. Daraus ginge oft die Armut im Alter hervor.
Von den 204 Mitarbeitern möchte sie die Aufteilung von Miltenberg und Obernburg wissen.

Herr Feußner antwortet, dass es keine Kooperation mit Maklern gebe, was die Sparkasse auch nicht brauche und wolle. Das Geschäft brumme, es werde aber zu wenig auf dem Markt angeboten. Das löse man nicht mit Kooperationen mit anderen Maklern. Man habe viele unbebaute Grundstücke in allen Ortszeiten, aber diese Grundstücke würden nicht verkauft. Die Sparkasse nenne diese Grundstücke „Omagrundstücke“ oder „Enkelgrundstücke“.

Das seien Personen, die ihr unbebautes Grundstück liegen lassen für die Enkelchen. Bei dem Verkauf der Grundstücke würde es auch momentan keine Zinsen geben. Die Sparkasse versuche gegenzusteuern mit innerstädtischen Projekten. Alleine für Obernburg habe man Nachfragen von über 500 Personen, die ein Haus dort kaufen wollen. In Sulzbach habe man über 600 Personen in der Kartei, denen man Häuser verkaufen könnte.

Herr Feußner stimmt Kreisrat Dr. Linduschka zu, dass die Niedrigzinsen für die Sparer eine Katastrophe sei, es sei auch eine Katastrophe für die Altersvorsorge, es sei noch eine größere Katastrophe für die Unternehmen, die Pensionsrückstellungen hätten. Er könne dieses Problem aber auch nicht lösen. Für die Sparkasse, die von den Zinsüberschüssen lebe, sei es ein Riesenthema, wenn das so weitergehe. Man könne nicht auf Dauer so massiv gegensteuern. 2017 habe die Sparkasse ein gutes Jahr hinter sich, aber 2018 werde viel schwieriger, weil die Niedrigzinsphase immer weitergehe und sich in die Bankbilanz, aber auch in andere Bilanzen, reinfressen würde.

Bei der Digitalisierung seien natürlich auch Produktivitätsfortschritte drin, weil sich dadurch auch viele Arbeitsschritte erleichterten und es da ordentliche Effekte gebe.

Herr Feußner antwortet, dass dieses Jahr sechs weibliche und vier männliche Azubis eingestellt würden. Die Sparkasse habe eine Teilzeitquote von 42% und eine Frauenquote von 63%. Die Frauen in der Sparkasse würden sehr gerne die Teilzeitquoten nehmen, weil sie wohnortnahe Arbeitsplätze in Teilzeit hätten. Die Mitarbeiterstärke in Miltenberg und Obernburg sei nahezu paritätisch.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:
Geschäftsbericht 2018 ZENTEC GmbH Großwallstadt und Initiative Bayerischer Untermain

Herr Krug, Projektmanager ZENTEC, hält anhand beiliegender Präsentation den Geschäftsbericht 2018 der ZENTEC und der Initiative Bayerischer Untermain.

Kreisrat Dr. Kaiser sagt, dass es erstaunlich sei, wie sich das ZENTEC von einem reinen Gründerzentrum Ende der 1990er zu einem Technologie- und Innovationszentrum, zu einem Zentrum der Wirtschaftsförderung in der Region entwickelt habe. Es sei eine erfolgreiche Arbeit im Sinne der Region. Dafür spricht er seitens der SPD-Fraktion seinen Dank aus. Die ZENTEC habe viel mit angestoßen, wie z.B. das Netzwerk in der Region, die Kooperation mit der Hochschule Aschaffenburg, mit den Kammern, mit den Unternehmen in der Region und auch mit vielen Einzelakteuren. Über diese Erfolgsgeschichte sei er sehr froh.
Kreisrat Dr. Kaiser habe sich erklären lassen, dass es besser sei, das Digitale Gründerzentrum in Aschaffenburg anzusiedeln. Er möchte wissen, ob durch das Digitale Gründerzentrum eine Konkurrenz für das ZENTEC oder eine Zusammenarbeit bzw. ein Netzwerk entstehen könne.
Weiterhin sei es sehr erfreulich, dass das ZENTEC bezüglich der Metropolregion Frankfurt RheinMain sehr viel geleistet habe, aber die Politik müsse nun nachziehen. Es gebe jetzt zwar ein Strategieforum, die großen Weichenstellungen lägen vor, aber es gebe noch niemanden, der das Ganze umsetze. Zu einer erfolgreichen Metropolregion gehören auch eine Geschäftsstelle und Leute im operativen Bereich. Man habe zwar einige Organisationen wie die Marketingagentur FrankfurtRheinMain, das sei auch eine gute Sache, aber keine Geschäftsstelle und direkten Ansprechpartner. Es wäre jetzt an der Zeit, dass die Gebietskörperschaften und beteiligten Organisationen in die Umsetzungsphase kämen. Dazu gehöre

auch ein Staatsvertrag der beteiligten Länder. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain bestehe aus drei Bundesländern. Er war sehr erstaunt, dass einfach durch eine Pressemitteilung verkündet worden sei, dass Baden-Württemberg dazu gestoßen sei.

Landrat Scherf antwortet, dass es im Interesse der länderübergreifenden Zusammenarbeit, z.B. zum Neckar-Odenwald-Kreis oder auch aus Sicht des Landkreises Bergstraße sinnvoll sei, dass das Land Baden-Württemberg zur Metropolregion FrankfurtRheinMain mit hinzugekommen sei. Das störe nicht, sondern es sei eine gute Kooperationsbereitschaft vorhanden.
Es gebe einen Mangel in der Metropolregion FrankfurtRheinMain nicht, nämlich einen Mangel an Organisationen, weshalb diese Zusammenarbeit im Rahmen des Strategieforums jetzt noch nicht den Bau eines Bürogebäudes mit einer großen Verwaltung nach sich ziehe. Die Geschäftsstelle des Strategieforums für die strategischen Absprachen, für die Vorbereitungen des Strategieforums und für die Arbeitskreise laufe über die Staatskanzlei in Wiesbaden unter Verantwortung von Staatsminister Axel Wintermeyer. Es seien sich alle einig, dass diese neutrale strategische Institution in der Staatskanzlei zum jetzigen Zeitpunkt so gut sei, weil man keine Gewichtsverschiebungen zwischen den bestehenden Institutionen in der Metropolregion FrankfurtRheinMain hätte.
Zum Staatsvertrag erklärt Landrat Scherf, dass in diesem Strategieforum unter Beteiligung der vier Bundesländer vereinbart sei, dass, wenn Themen identifiziert würden, zu deren Verwirklichung ein Staatsvertrag benötigt werde, man einen staatsvertragliche Einigung herbeiführen werde, aber erst einmal werde in diesen vier Arbeitskreisen praktisch gearbeitet.

Herr Krug antwortet auf die Frage zum Digitalen Gründerzentrum, dass es mitnichten eine Konkurrenz sei. Man ergänze sich sehr gut. Demnächst werde ein erstes gemeinsames Treffen in der ZENTEC stattfinden, wo eine erste Abstimmung der Arbeiten erfolgen könne.

Kreisrat Dr. Linduschka möchte an zwei Aspekten verdeutlichen, was ihn sehr freue. Das erste seien die MINT-Projekte, wo Jungen und Mädchen möglichst schnell an Naturwissenschaften herangeführt werden sollen. Da ist ZENTEC gut über verschiedene Verbindungen beteiligt. Vor kurzem habe die wunderschöne lange Nacht der Wissenschaften am Julius-Echter-Gymnasium in Elsenfeld stattgefunden mit vielen Unternehmen, auch aus dem Landkreis Miltenberg.
Er hätte im Hinblick auf die Metropolregion FrankfurtRheinMain im Hinterkopf ein wenig die Befürchtung gehabt, dass eventuell bei der Bayerischen Staatsregierung und der Regierung von Unterfranken die Sorge grassieren könnte, einen ganz wichtigen Teil Bayerns im Nordwesten an Hessen zu verlieren. Wenn er aber lese, wie die Regierung von Unterfranken in Arbeitskreisen beteiligt sei, sei es eine sehr positive Geschichte und scheine in eine gute Richtung zu laufen.

Kreisrat Dr. Kaiser regt an, nachdem Landrat Scherf Mitglied im Strategieforum sei, dass man in nächster Zeit im Gremium einen Bericht über die Entwicklungen und der Arbeit der Metropolregion FrankfurtRheinMain halte.

Landrat Scherf antwortet, dass wie nach Gründung des Strategieforums im Januar stets in den Ausschüssen berichtet werde.
Zu Kreisrat Dr. Linduschka sagt Landrat Scherf, dass er die Mitwirkung der Staatskanzleien als sehr positiv ansehe.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:
Jahresabschluss 2016 des Landkreises Miltenberg;
a) örtliche Prüfung
b) Feststellung

Herr Schötterl, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, berichtet, dass der Jahresabschluss 2016 vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft wurde. Alle Ergebnisse des Jahresabschlusses sind im Prüfbericht des UB 4 – Revision vom 27.06.2018 enthalten. Dieser Bericht kann von jedem Kreistagsmitglied im UB 4 - Revision eingesehen werden. Ebenso ist eine Vorstellung des Berichts in den Fraktionssitzungen auf Wunsch möglich.

Der Kreisausschuss hat auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses in seiner Sitzung am 02.07.2018 dem Kreistag auf der Grundlage des Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern den vorliegenden Beschlussvorschlag empfohlen.

Der Kreistag stellt einstimmig den Jahresabschluss 2016 des Landkreises Miltenberg mit folgenden Ergebnissen fest:

Ergebnisrechnung	
Gesamtbetrag der Erträge	115.894.463,96 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	114.830.619,71 €
Saldo	**+ 1.063.844,25 €**
Finanzrechnung	
Laufende Verwaltungstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	112.280.604,14 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	102.326.534,73 €
Saldo	**+ 9.954.069,41 €**
Investitionstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	5.213.769,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	13.803.094,39 €
Saldo	**- 8.589.325,39 €**
Finanzierungstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	0,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	3.150.616,61 €
Saldo	**- 3.150.616,61 €**
Finanzmittelfehlbetrag	**- 1.785.872,59 €**
Liquide Mittel	**+ 25.912.187,01 €**
Vermögensrechnung (Schlussbilanz)	
Summe Aktiva und Passiva	**189.358.650,09 €**

In die Feststellung werden die weiteren Bestandteile des Jahresabschlusses, die Teilrechnungen und der Planvergleich, der Anhang mit Anlagen und der Rechenschaftsbericht einbezogen.

Tagesordnungspunkt 5:
Jahresabschluss 2016 - Erteilung der Entlastung

Herr Schötterl, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, berichtet, dass der Jahresabschluss 2016 vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft wurde. Nach dem Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern kann nach Durchführung der örtlichen Prüfung und der Feststellung des Jahresabschlusses anschließend die Entlastung erteilt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 18.04.2018 dem Kreisausschuss und dem Kreistag empfohlen, für 2016 die Entlastung zu erteilen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 02.07.2018 dem Kreistag den vorliegenden Beschlussvorschlag empfohlen.

Der Kreistag beschließt einstimmig (ohne Beteiligung von Landrat Scherf),

für 2016 die Entlastung zu erteilen.

Grundlage dieses Vorschlags ist der Bericht des UB 4 - Revision zur örtlichen Prüfung des doppischen Jahresabschlusses 2016 des Landkreises Miltenberg.

Tagesordnungspunkt 6:
Jahresabschluss 2016 – Verwendung des Jahresüberschusses

Herr Krämer, Kreiskämmerer, trägt vor, dass im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses über die Ergebnisverwendung zu entscheiden ist. Ein Jahresüberschuss, der nicht zum Ausgleich eines vorgetragenen Jahresfehlbetrags benötigt wird, ist nach § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Allgemeinen Rücklage oder der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Jahresüberschüsse, die der Ergebnisrücklage zugeführt werden, stehen in späteren Jahren zur Verrechnung mit Jahresfehlbeträgen entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 3 KommHV-Doppik zur Verfügung. Nach dem Ablauf von drei Jahren können Jahresfehlbeträge ebenso mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden.

Ein vorgetragener Jahresfehlbetrag ist nicht vorhanden, der Stand der Ergebnisrücklage beträgt
3,3 Mio. €.

Ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses vom 02.07.2018 liegt vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig,

den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 1.063.844,25 € gemäß § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Allgemeinen Rücklage zuzuführen

Tagesordnungspunkt 7:
Jahresabschlussbericht (Bilanz) 2017

Herr Krämer, Kreiskämmerer, stellt den Jahresabschlussbericht 2017 anhand beiliegender Präsentation vor.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 8:
Bestellung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Landrat Scherf trägt vor, dass Frau Wölfelschneider, Vorsitzende des Kreisjugendrings Miltenberg, mit E-Mail vom 25.05.2018 mitgeteilt hat, dass sich im Vorstand des KJR Veränderungen ergeben hätten. Dadurch würden Herr Bernd Haas und Herr Manuel Reinhard als Mitglied des Jugendhilfeausschusses ausscheiden.

Herr Bernd Haas ist der bisherige Stellvertreter für das stimmberechtigte Mitglied Herr Willi Hubert.

Herr Manuel Reinhard ist der bisherige Stellvertreter für das stimmberechtigte Mitglied Frau Alexandra Frieß.

Gemäß § 34 Abs. 2 GO ist für jedes Mitglied des Jugendhilfeausschusses eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu bestellen (Art. 18 Abs. 3, 19 bs. 3 AGSG).

Der Kreisjugendring schlägt gemäß § 3 Abs. 2 und 3 der Satzung des Jugendamtes des Landkreises Miltenberg folgende Ersatzmitglieder vor:

- Frau Dana Tietjen (Vertretung für Herrn Willi Hubert)
- Frau Hilal Erensoy (Vertretung für Frau Alexandra Frieß)

Der Kreistag nimmt einstimmig

die Vorschläge an und beruft Frau Dana Tietjen und Frau Hilal Erensoy gem. §34 Abs. 2 Satz 1 GO in Verbindung mit Art. 18 Abs. 3, 19 Abs. 3 AGSG als Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss.

Tagesordnungspunkt 9:
Solare Potentiale der kreiseigenen Liegenschaften - Beschluss zur Aufstellung eines Ausbauprogramms

Landrat Scherf erklärt, dass durch die in den letzten Jahr stark gesunkenen Kosten für Photovoltaik (PV)-Module die Installation von PV-Dachanlagen zum Eigenverbrauch in vielen Fällen ökonomisch wie ökonomisch sinnvoll ist. Aus diesem Grund wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie untersucht, welche Landkreisliegenschaften sich besonders für eine Installation einer PV-Dachanlage zum Eigenverbrauch eignen würden. Dabei wurden die Stromkosten der letzten drei Jahre betrachtet sowie die Voraussetzungen an den Gebäuden in Bezug auf den Zustand der Dachflächen und die Leitungsführung sowie der Installation eines Wechselrichters und der An-

bringung eines Zählerpunktes. Auf Basis der potentiellen Anlagengrößen sowie von Erfahrungswerten wurden die vermiedenen Stromkosten sowie die Erträge aus der Stromeinspeisung abgeschätzt. Daraus sowie aus den Investitionskosten wurde dann grob die Amortisationszeit für die PV-Dachanlagen berechnet. Anhand der verschiedenen Indikatoren wurde schließlich eine Priorisierung der Liegenschaften vorgenommen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass sich die Installation von PV-Dachanlagen auf einer Vielzahl der Landkreisliegenschaften lohnen würde. Ein Gesamtpotential von 1.160 kWp wurde festgestellt, wobei die Eigenverbrauchsquote zwischen 40 % und 80 % liegt. Die Amortisationszeiten schwanken zwischen 10,3 und 11,5 Jahren bei einer prognostizierten Gesamtinvestitionssumme von 1.907.000,00€. Die aktuellen Gegebenheiten werden insbesondere am Landratsamt in Miltenberg (Nordflügel), an der Main-Limes-Realschule in Obernburg und an der Janusz-Korczak-Schule in Elsenfeld für eine baldige Umsetzung als günstig bewertet.
Auf dem Hauptgebäude des Landratsamtes in Miltenberg, auf der Johannes-Hartung-Realschule und der Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule in Miltenberg sowie auf der Lehrwerkstätte der Berufsschule in Obernburg befinden sich bereits PV-Dachanlagen. Dabei wurden entweder die Dachflächen vermietet oder die Anlagen werden zur Stromeinspeisung durch den Landkreis selbst genutzt. Hinzu kommen weitere, kleine Versuchsanlagen auf einigen Schuldächern.

Im Haushalt 2018 wurde bereits eine geringe Summe von 25.000€ zur Solarenergienutzung im Bauunterhalt eingestellt. Dies reicht jedoch nicht für die Installation einer einzelnen Anlage aus. Aus diesem Grund wird empfohlen, dass der Landkreis ein Ausbauprogramm beschließt, das mit einer jährlichen Investitionssumme von 190.000€ ausgestattet ist. Auf diese Weise könnten die Photovoltaik-Maßnahmen auf den Dächern der kreiseigenen Liegenschaften innerhalb der nächsten zehn Jahre umgesetzt werden. Vom Ausschuss für Bau und Verkehr wurde eine zügigere Umsetzung angeregt.
Förderungsmöglichkeiten für die Installation von PV-Dachanlagen wurden geprüft. Über die Vergütung der Stromeinspeisung nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz hinaus sind inzwischen aber für Kommunen keine Förderungen mehr verfügbar. Lediglich die Visualisierung des Ertrags der Anlagen wird über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle gefördert.
Die Aufstellung eines Ausbauprogramms für PV-Dachanlagen auf Kreisliegenschaften würde nicht nur dem Integrierten Energie- und Klimakonzept (IEKK) für die Region Bayerischer Untermain aus dem Jahr 2011 gerecht, sondern durch die Absenkung der Stromkosten infolge des Eigenverbrauchs und durch die Einspeisevergütungen auch wirtschaftlich Sinn machen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der durch Technisierung und Digitalisierung nicht signifikant sinkenden Stromverbräuche an den Liegenschaften (besonders Schulen) in den letzten Jahren zu betrachten, ebenso infolge der steigenden Zahl an Elektrogeräten oder neuen Verbrauchsarten wie der Elektromobilität beim Landratsamt.
Das IEKK hatte bereits das erhebliche Potential für den weiteren Ausbau der PV aufgezeigt und den Ausbau der PV daher als Ziel definiert. Mit der solaren Nutzung der kommunalen Liegenschaften würde der Landkreis daher ein eindeutiges Signal an die Öffentlichkeit setzen und als Beispiel vorangehen.

Der Ausschuss für Bau und Verkehr hat den Beschluss in seiner Sitzung am 12. März 2018 einstimmig dem Kreistag empfohlen.

Kreisrat Dotzel ist der Meinung, dass der Beschluss für zehn Jahre mit jährlich 190 TEUR zu kurz gesprungen sei. Die richtige Entscheidung wäre, die solaren Potentiale zu nutzen. Die CSU fragt, ob es richtig sei, dafür Kreisumlagemittel in die Hand zu nehmen oder ob es nicht auch durch eine solide Fremdnutzung der Dachflächen passieren könne. Ein Teil habe man momentan schon fremd bestecken lassen und hätten diese Dachflächen und andere würden das selber betreiben. Wenn man aber die fachlichen Qualifikationen habe, habe man bestimmt dann auch die größten Einsparungen beim Energieverbrauch, wenn man selbst investiere. Wenn man selber investiere, könne sich die CSU auch durchaus vorstellen, mit größeren Summen in die Finanzierung zu gehen, so dass man keine zehn Jahre brauche, sondern vielleicht in nur zwei oder drei Jahren diese Summe investiere, damit man auch die Leistung früher abrufen könne.

Kreisrat Scholtka sagt, dass die CSU-Fraktion die Initiative begrüße. Wichtig sei, dass die Betriebskosten bei diesen Solaranlagen gering gehalten würden. Wenn die Betriebskosten zu hoch würden, könne es sich schnell umkehren, deshalb solle bei jedem einzelnen Projekt geprüft werden, wer die Anlagen betreue und prüfe.

Zu Kreisrat Dotzels Frage, ob man vermiete oder selbst baue, antwortet Herr Wosnik, dass das Thema sei, dass sich die Wirtschaftlichkeit heute nur noch über den Eigenverbrauch rechnen lasse. Dann werde es schon schwierig, wenn man es vermiete, weil dann man den eigenen Strom zurückkaufen müsste mit entsprechend negativer Wirkung auf dieWirtschaftlichkeit.

Kreisrätin Wolf-Pleßmann findet das Programm super. Beim intensiven Ausbau sollte man daran denken, die Fassaden mit einzubeziehen.

Herr Wosnik antwortet, dass die Machbarkeitsstudie davon ausgegangen sei, welche Fläche man zur Verfügung habe, und zwar vorrangig auf dem Dach. Danach habe man geschaut, was der Eigenverbrauch der Schule sei. Danach richte man sich. Wenn der Eigenverbrauch auf dem Dach gedeckt werden könne, dann sei es nicht weiter sinnvoll, die Fassade mit dazu zu nehmen. Dies habe zwar einen schönen plakativen Effekt, sei aber den untersuchten Gebäuden nicht erforderlich.
Kreisrat Stappel sagt, dass der Beschlussvorschlag rechnerisch umsetzbar und gut sei. Das Ziel sei die Berechnung und die Beratung, weil die entscheidend für die Entscheidung des Kreistags sei. Erst müssten die Zahlen auf den Tisch und dann werde entschieden.

Der Kreistag beschließt einstimmig

die Aufstellung eines Ausbauprogramms für die Installation von Photovoltaik-Dachanlagen auf den kreiseigenen Liegenschaften mit einem gesamten Investitionsvolumen von ca. 2 Mio. Euro. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einzelprojekte zu berechnen und dem Kreistag vorzulegen.

Tagesordnungspunkt 10:
Beschluss zum Fachgutachten des Regionalen Planungsverbandes zu den Themenbereichen Verkehr und Siedlung

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, trägt vor:

Im Rahmen der Stadt-Umland-Gespräche wurden für die Fortschreibung des Regionalplans die Leitlinien 2035 vom Regionalen Planungsverband Bayerischer Untermain vorgestellt und diskutiert.

Unterpunkt 1.2 dieser Leitlinien ist der Bereich „Siedlung und Mobilität“

Hier werden die folgenden Grundsätze aufgezeigt:

1.2 Siedlung und Mobilität

- Das Leitbild der räumlichen Entwicklung ist eine *Region der kurzen Wege*. Der Bayerische Untermain soll sich durch kompakte, integrierte, gut erreichbare und ausgewogene Strukturen auszeichnen.

- Durch eng vernetzte Siedlungs- und Verkehrsplanungen sollen der Flächenverbrauch reduziert, umweltverträgliche Verkehre gestärkt und ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.
- Bei der Ausweisung von Gewerbe- und Wohnsiedlungsgebieten sollen bestehende ÖPNV-Anbindungen besonders berücksichtigt werden.
- In der Region sollen die Voraussetzungen zum Einsatz alternativer Antriebe, zur Digitalisierung der Mobilitätsangebote und zum Umstieg auf den ÖPNV und Radverkehr möglichst rasch geschaffen und verbessert werden. Geeignete Knotenpunkte von MIV, ÖPNV und Radverkehr sollen zu regionalen Mobilitätsstationen weiterentwickelt werden.
- Die gute verkehrliche Einbindung der Region in das überregionale Verkehrsnetz soll weiter verbessert, die Verzahnung der Verkehrsverbünde intensiviert und bestehende Engpässe beseitigt werden.

In der 98. Sitzung des Planungsausschusses wurde vorgestellt, dass für den Bereich ein Fachgutachten in Auftrag gegeben werden soll. Die nachfolgenden Folien geben den entsprechenden Berichtsstand wieder:

Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain

Bausteine des zu vergebenden Gutachtens

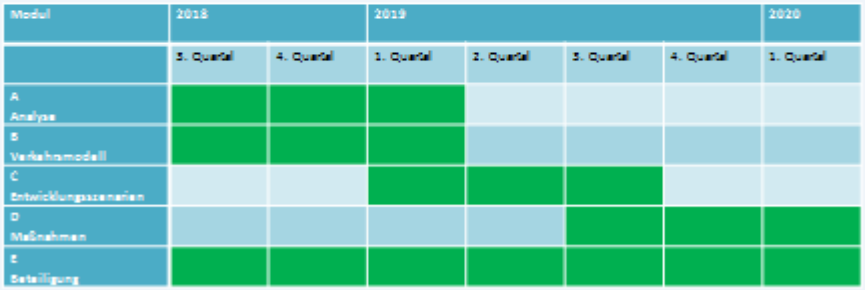
Modul		Anteil
A	Analyse Ist-Situation und Planungen im Bereich Verkehr und Siedlung	20 %
B	Ergänzung des Verkehrsmodells Bayerischer Untermain (ÖV + Radverkehr)	11 %
C	Entwicklungsszenarien Siedlung und Verkehr auf Basis des Verkehrsmodells (Gemeindeebene)	26 %
D	Entwicklung von notwendigen Maßnahmen und Festlegungen (regionale Ebene, Verkehr, Siedlung, Trenngrün)	16 %
E	Beteiligung Öffentlichkeit und Politik (Veranstaltungen und Onlinebeteiligung)	27 %

38

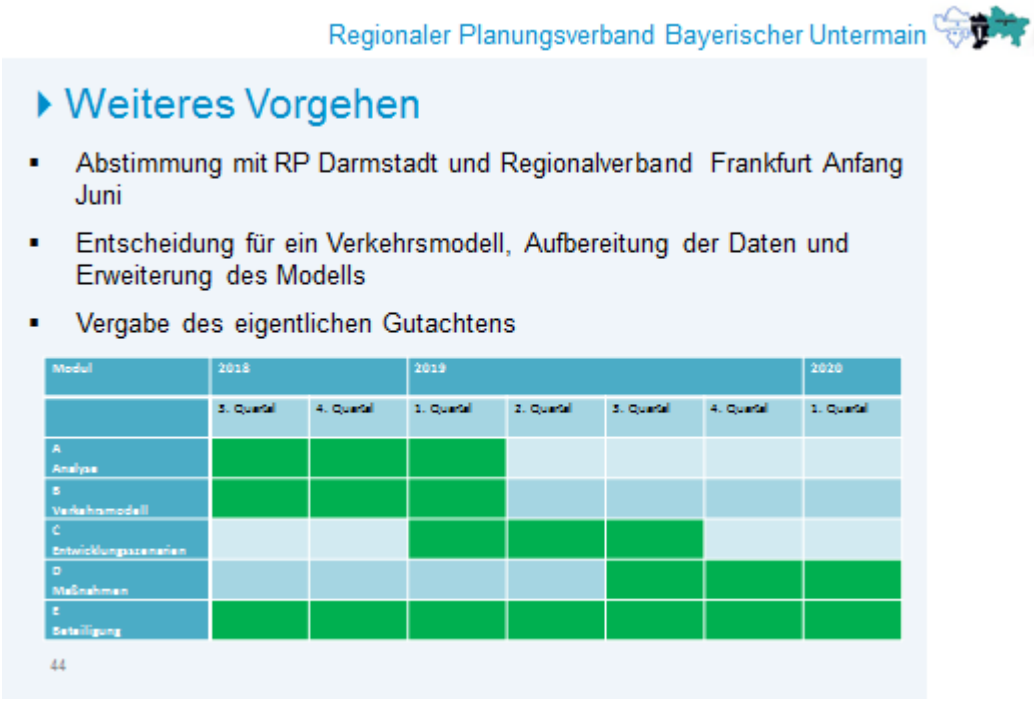
Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain

Zeitplanung

- Für die gesamte Bearbeitung wird ein Zeitraum von 1,5 - 2 Jahren angenommen.
- Bei Beginn der Erarbeitung zur Jahresmitte 2018 geht der RPV von folgendem Zeitplan aus:



39



Zur Finanzierung:

Die Höhe der Gutachtenskosten ist noch nicht bekannt. Bei der Angebotseinholung und Beauftragung wird sich der RPV am Finanzrahmen orientieren, der durch die staatliche Förderzusage des BayStMFLH (50 %, max. 95.000 €) gesetzt wurde. Bei angenommenen 190.000 € Kosten stellt sich die Finanzierung folgend dar:

- 95.000 € staatlicher Zuschuss
- etwa 30.000 - 35.000 € aus dem Etat des Planungsverbandes (vom Staat zugewiesene, aber nicht in Anspruch genommene Mittel für die Geschäftsstelle des RPV)
- etwa 20.000 € je Gebietskörperschaft (Stadt AB, LKr AB und LKr MIL)

Voraussichtlich werden sich diese Kosten auf mehrere Haushaltsjahre verteilen. Genaueres wissen wir aber erst mit bzw. nach Vergabe des Gutachtens durch den Regionalen Planungsverband.

Die Verwaltung regt an, eine entsprechende Summe in die nächsten Haushaltsentwürfe einzustellen.

Der Ausschuss für Bau und Verkehr hat dem Kreistag in seiner Sitzung am 28. Juni 2018 einstimmig empfohlen, die notwendigen Mittel für die nächsten Haushaltsplanungen zu berücksichtigen.

Kreisrat Kuhn ist wichtig, dass in diesem Gutachten auch die überregionalen Verkehrsströme des Verkehrsmodells aktualisiert werden, also auch PKWs und LKWs. Es sei die Rede von ÖPNV und Radverkehr, aber die Beseitigung von Engpässen auch in dem Bereich Verkehr, insbesondere die Ortsdurchfahrt Schneeberg und Eichenbühl, müssten hier mit eingearbeitet werden.

Landrat Scherf stellt klar, dass die Mobilität ganzheitlich betrachtet werde. Es sei im Regionalen Planungsverband auch thematisiert worden, dass man nach denselben Methoden arbeiten würden wie der Regionale Planungsverband Rhein-Main.
Herr Wosnik ergänzt, dass die Schnittstellen nach außen natürlich im Gutachten beachtet seien. Aber außerhalb des Untersuchungsgebietes gehe man nicht so in die Tiefe. In der Leistungsbeschreibung sei es so aufgenommen wie eben formuliert.

Landrat Scherf schlägt vor, die konkrete Beschreibung in den Arbeitskreis Mobilität der Metropolregion FrankfurtRheinMain mit aufzunehmen. Dann hätte man den Vorteil, dass man neben den südhessischen Kollegen auch das Land Baden-Württemberg mit im Boot habe. Davon profitiere man dann in der gesamten Metropolregion.

Der Kreistag beschließt einstimmig,

die notwendigen Mittel für die nächsten Haushaltsplanungen zu berücksichtigen.

Tagesordnungspunkt 11:
Gesellschafterversammlung GKS; Beschlussfassung zur Vertretung des Landrates im Falle seiner Verhinderung

Landrat Scherf trägt vor, dass der Landkreis Miltenberg seit 1994 Gesellschafter beim Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt ist.

Das GKS hat zwei Gremien: Der Beirat bildet die Arbeitsebene und bereitet die fachlichen Angelegenheiten für die Gesellschafterversammlung vor. Bisher erfolgte die Vertretung des Landkreises Miltenberg im Beirat durch Wolfgang Röcklein (stellvortretender Beiratsvorsitzender) und nun durch Frau Heim. Die anderen Kommunalgesellschafter werden ebenfalls durch die Arbeitsebene und nicht durch die politische Ebene vertreten.

In der Gesellschafterversammlung erfolgt die Vertretung durch die politische Ebene (Landrat oder Stellvertretung). Es ist üblich, dass der Vertreter des Landkreises (Landrat oder Stellvertreter) durch das Beiratsmitglied begleitet wird (siehe Vorbereitung durch Beirat) und an der Versammlung teilnimmt. Der Ermächtigungsbeschluss für Frau Heim sieht vor, dass sie im Falle, dass kein politischer Vertreter, weder Landrat noch Stellvertreter, an der Sitzung teilnehmen und den Landkreis stimmberechtigt vertreten kann. Dieser Beschluss schließt nicht die Berechtigung der anderen Stellvertreter des Landrats zur Vertretung des Landkreises nach außen aus.

Bisher wurde im Verhinderungsfalle Herr Landrat Scherf durch Herrn Röcklein in der Gesellschafterversammlung des GKS vertreten. Herr Röcklein befindet sich ab 15.03.2018 in der Freistellungsphase seiner Altersteilzeit. Um das Stimmrecht des Landkreises wie bisher ausüben zu können, wird daher vorgeschlagen, Ruth Heim mit der Vertretung des Herrn Landrat Scherf zu beauftragen, sollte dieser oder sein Stellvertreter verhindert sein, selbst stimmberechtigt an der Gesellschafterversammlung des Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt teilzunehmen.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz hat dem Kreistag in seiner Sitzung am 05.03.2018 den Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen.

Der Kreistag beschließt einstimmig,

Ruth Heim mit der Vertretung des Herrn Landrat Scherf zu beauftragen, sofern er oder sein Stellvertreter nicht persönlich an den Gesellschafterversammlungen des GKS teilnehmen können.

Tagesordnungspunkt 12:
Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Region Bayerischer Untermain

Herr Betz berichtet, dass bereits im Spätherbst 2016 die Arbeiten am Nahverkehrsplan (NVP) der Region Bayerischer Untermain einschließlich der Anhörung der Gemeinden und Nachbaraufgabenträger weitgehend abgeschlossen waren. Der endgültige Beschluss des NVP wurde jedoch vor dem Hintergrund der Kündigung der VAB-Verträge zum 31.12.2016 durch die DB Regio AG ausgesetzt.

Ziel der Kündigung der Verträge durch die DB war das Erzwingen einer neuen, für die DB vorteilhaften Erlösaufteilung. Im Rahmen der Gespräche innerhalb der VAB einigte man sich darauf, entsprechende Erhebungen durchzuführen und auf deren Basis eine neue, nachfragorientierte Erlösaufteilung zu ermitteln und festzuschreiben.
Die Anwendung der neuen Erlösaufteilung wurde rückwirkend bereits ab dem 01.01.2017 festgelegt. Nachdem unklar war, in welchem Umfange Fahrgelderlöse vom Bus hin zur DB verlagert werden würden, wurde der Beschluss des eigentlich fertigen NVP ausgesetzt.
Die Stadt Aschaffenburg hatte für Ihren Bereich den Plan dennoch bereits beschlossen, um Fristen im Zusammenhang mit der Inhouse-Vergabe an das eigene Verkehrsunternehmen „Stadtwerke Aschaffenburg“ einhalten zu können.

Seit Herbst 2017 sind die Veränderungen in der Erlöszuordnung nun bekannt, in Summe werden deutlich mehr als eine Million Euro bei den Busbetrieben fehlen. Einige Linienbündel bleiben annähernd stabil, andere erhalten deutlich weniger Erlöse zugeordnet als bisher. Zumindest für einige der Linienbündel wird ein eigenwirtschaftlicher Betrieb zukünftig kaum mehr möglich sein, dann erforderliche wettbewerbliche Vergabeverfahren werden zunehmen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Überarbeitung des Entwurfes 2016 zum Nahverkehrsplan (NVP) vorgenommen. Am grundsätzlichen Ziel, mehr Verkehr auf den ÖPNV zu verlagern, wurde festgehalten. Folgerichtig wurden der gesamte Analyseteil des NVP, bis einschließlich Kapitel 7, somit auch die Ergebnisse der Bedarfs-und Mängelanalyse, unverändert belassen.

Im Maßnahmenteil (ab Kapitel 8) wurden die Festsetzungen für den Stadtverkehr der Stadt Aschaffenburg unverändert belassen.

Im Regionalverkehr wurden Optimierungen vorgenommen, z.B. durch Zusammenfassung von Maßnahmen, andere Routengestaltungen, den Einsatz von alternativen Bedienungsformen (Rufbus), um den Unternehmen eine wirtschaftlich optimalere Produktion des Angebotes zu ermöglichen.

Auch bzgl. der zeitlichen Umsetzung der Maßnahmen wurde eine Streckung auf einen längeren Zeitraum eingeräumt.

In den neuen, überarbeiteten Entwurf des NVP wurden auch bereits eingetretene Veränderungen im Leistungsangebot eingearbeitet, z.B. die Umgestaltung im südlichen Landkreis infolge der Neuordnung im Korridor Miltenberg – Wertheim – Würzburg mit seinen Auswir-

kungen auch auf die Nebentäler (Anbindung des Südspessarts sowie des Raums Mönchberg/Eschau/Röllbach an Wertheim/Würzburg).

Zwischenzeitlich mit benachbarten Aufgabenträgern besprochene Planungsideen sind ebenfalls in den neuen Entwurf eingeflossen.

Der neue Entwurf wurde bereits an die Nachbaraufgabenträger und die Gemeinden mit der Bitte um Prüfung und Rückmeldung versandt. Zur besseren Übersicht wurden Änderungen farblich kenntlich gemacht (schwarz unverändert, blaue Texte neue Formulierungen, rote Texte sollen entfallen). Wir hatten um Rückmeldung bis zum 30.04.2018 gebeten.

Im Nachgang zu den Rückmeldungen und deren Einarbeitung in den Entwurf, erfolgte eine nochmalige Sitzung der „Arbeitsgruppe der Fraktionen in der ARGE-ÖPNV“ am 17.05.2018. Dort wurden die Anpassungen nochmals diskutiert und abgestimmt.

Im Ergebnis erfolgte dann ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss der Arbeitsgruppe der Fraktionen an die Aufgabenträger im ÖPNV, den neuen Nahverkehrsplan in dieser Form zu beschließen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2018 dem Kreistag einstimmig empfohlen, den rechtsverbindlichen Beschluss umzusetzen.

Kreisrätin Münzel erinnert, dass im Arbeitskreis der Fraktionen über einen langen Zeitraum hinweg sehr intensiv gearbeitet worden sei. Es sei schade, dass heute eine abgespeckte Version verabschiedet werden müsse. Aber man sollte die Ursprungsversion als Vision behalten. Äußerst wünschenswert wäre ein Fahrgastbeirat. Es sei klar, dass es schwieriger sei als bei der Westfrankenbahn, aber vielleicht könne es doch zukünftig gelingen. Dadurch könne das Alltagswissen der Benutzer/-innen einfließen.

Landrat Scherf stellt fest, ein Fahrgastbeirat sei immer eine gute Möglichkeit, zum einen, um das Wissen der Fahrgäste mit einzubinden, aber auch, um durch Identifikation die Kundenbindung zu erhöhen. Nach dieser schweren Zeit, wo es um die Existenzgrundlagen gegangen sei, könne die VAB jetzt auch wieder gestalterisch arbeiten.

Kreisrat Dr. Kaiser fragt nach genauen Zahlen der Einnahmeverschiebung und wie sich diese auf den Landkreis-Haushalt auswirkten.

Herr Betz antwortet, dass sich die Einnahmeverschiebung, auf die gesamte VAB bezogen, auf eine Größenordnung von ca. 1,8 Mio. Euro beziffere. Die exakten Auswirkungen könne man erst im Vergabeverfahren absehen. Man werde deutlich seltener und deutlich weniger eigenwirtschaftliche Verkehre haben.

Wenn weniger Fahrgäste den Schienenverkehr nutzen würden, hätte man dann die Möglichkeit, weniger zu zahlen, fragt Kreisrat Schuck.

Man habe sich in der VAB darauf verständigt, die ermittelte Erlösaufteilung zum einen durch automatisierte Zählsysteme zu erfassen und sie zum anderen fortzuschreiben. Alle fünf Jahre werde dann eine weitere Erhebung durchgeführt, um die Ursprungszahlen wieder zu eichen, so Betz.

Auf Frage von Kreisrat Schuck fasst Landrat Scherf zusammen, dass man den Menschen im Landkreis Miltenberg keinen Gefallen tun werde, wenn man den ganz brutalen Konkurrenzkampf aufrufe und sage, man lasse die Busse jetzt so fahren, dass die Leute nicht mehr mit dem Zug fahren. Dies sei nicht im Sinne der Bürger/-innen. Man müsse noch mehr den Ehr-

geiz dahingehend entwickeln, den Busverkehr so zu gestalten, dass Menschen das Angebot nutzten. Wenn viele Menschen mit den Bussen führen, gebe es spätestens in fünf Jahren auch mehr Geld dafür inkl. der Einnahmen. Dies müsse das Ziel sein, und der Nahverkehrsplan gehe ganz klar in diese Richtung.

Kreisrat Scholtka betont als Bürgermeister einer Randtalgemeinde, dass ihm die Anbindung der Gemeinden sehr wichtig sei. Er glaubt, dass letztendlich auch die Mainschiene davon profitiere, wenn von den Seitentälern die Frequenz komme. Hierfür müsse man sich einsetzen, dass das Gesamtkonzept beachtet werde.

Kreisrat Berninger kündigt an, er werde dem Nahverkehrsplan nicht zustimmen. Er ist sich sicher, dass es Abstriche geben werde, zumindest müsse er als Bürgermeister der Stadt Erlenbach Abstriche befürchten. In Erlenbach würde das Thema Nahverkehrsversorgung für die Stadtteile Streit und Mechenhard sehr ernst genommen. Die Stadt frage immer zu Beginn eines jeden Jahres die Wünsche ab und gebe diese weiter an die VU. Im letzten Jahr sei die Antwort sehr schnell gekommen. Von den Wünschen sei im Prinzip laut VU bis auf wenige Ausnahmen nichts umsetzbar. Kurz darauf habe ihm ein ortsansässiger Busunternehmer eine E-Mail vorgelegt, worin die VU ihn als Busunternehmen bitte, in den kommenden Wochen, bis spätestens Anfang August, Überlegungen anzustellen, welche Fahrplanleistungen reduziert werden könnten. Außerhalb des Maintals in die Täler raus sehe er persönlich auf der Basis der jetzt getroffenen Vereinbarung zwischen Bus und Schiene Probleme auf den Landkreis zukommen, die man nicht mehr in den Griff bekommen werde, zumindest nur für teures Geld.

Landrat Scherf versteht Kreisrat Berningers Argumentation sachlogisch nicht, denn wenn Kreisrat Berninger wolle, dass das Angebot in Erlenbach und für Mechenhard und Streit mindestens so gut bleibe, dann benötige man diesen Nahverkehrsplan als verbindliche Grundlage. So einfach sei es nicht, dass die Unternehmen, die einen eigenwirtschaftlichen Verkehr angemeldet hätten, jetzt einfach sagen könnten, dass sie nicht mehr fahren würden. Dieser eigenwirtschaftliche Verkehr sei angemeldet und so genehmigt. Dass es Überlegungen seitens der VU gebe, was dauerhaft noch möglich sei, solle Kreisrat Berninger nicht gleich öffentlich so darstellen, als würde die VU sagen, dass sie ab 1. August nicht mehr fahre.
Landrat Scherf lasse auch nicht gelten, dass hier in den Raum gestellt werde, als würde man die Täler vernachlässigen. Dieser Kreistag habe die vergangenen zwei Jahre genau das Gegenteil gemacht. Man sei in Mömlingen sehr aktiv gewesen, man habe den Verkehr nach Großumstadt reaktiviert, , man habe den zweistündigen Busverkehr nach Würzburg, da schaue man auf den südlichen Landkreisteil, man habe jetzt dem Südspessart die Möglichkeit gegeben nach Wertheim zu kommen. Man habe eine Frühlinie geschaffen, dass die Menschen aus dem Südspessart und aus Miltenberg berufsschulmäßig nach Würzburg kommen und nicht mehr auf das Auto angewiesen seien. Man müsse sich anschauen, was man für den Busverkehr im Odenwald mache, und was dieser Kreistag die letzten zwei Jahre getan habe, um das Busangebot in der Fläche, raus in die Höhen und Täler, zu stärken. Das werde weiter getan werden müssen, aber dafür benötige man einen Nahverkehrsplan. Daher wäre es viel sinnvoller, sich zu dem Niveau in diesem Nahverkehrsplan zu bekennen, wo auch ein Ausbau, eine Verdichtung beschrieben sei, und sich dafür gemeinsam einzusetzen.

Herr Betz ergänzt zum Stadtbusverkehr in Erlenbach, dass es keine Minderung gebe. Das sei im Betriebsangebot so vorgesehen und im Nahverkehrsplan stehe das gleiche drin. Man habe darüber hinaus in den Nahverkehrsplan geschrieben, dass man es für sinnvoll erachten würde, in den Berufsverkehrszeiten eine Verlängerung über Streit hinaus bis nach Eschau herzustellen, um in Eschau Anschluss an die vielen neuen verschiedene Verbindungen in Richtung Wertheim/Würzburg und Richtung Aschaffenburg schaffen würde, damit sich in Eschau, wie in einer Drehscheibe, die Fahrgäste verteilen können. Auch das stehe im Nahverkehrsplan drin. Dieses Schreiben, das die VU an die Fa. Berninger geschickt habe, sei

ihm nicht bekannt. Es sei auch aus seiner Sicht nicht relevant, denn die Linienverkehrsgenehmigungen für dieses Linienbündel laufe Ende 2020 oder 2021 aus. Er habe diese Tage ein Schreiben an die Unternehmen geschickt, das müsse turnusmäßig ohnehin gemacht werden in einem bestimmten zeitlichen Abstand vor Ablauf der Genehmigung, und angefragt, ob sie beabsichtigten, einen eigenwirtschaftlichen Antrag zu stellen. Wenn diesbezüglich keine Aussage komme, dann sei es für ihn klar, dass man ein Wettbewerbsverfahren einleiten müsse. Dann würde man den Verkehr im Stadtbus Erlenbach auf der Basis des beschlossenen Nahverkehrsplans einfordern und anbieten lassen inkl. der Verlängerung bis nach Eschau und inkl. des bisherigen gewohnten Standards. Man nehme nichts zurück, sondern möchte eher noch etwas draufpacken, was die Anschlussqualität ins Elsavatal angehe.

Landrat Scherf unterstreicht, dass es keine Stadt im Landkreis Miltenberg gebe, die besser an das Busnetz angebunden sei als Erlenbach. Es gebe in Erlenbach den Citybus, die Buslinie nach Mönchberg, die Buslinie nach Miltenberg und die Buslinie nach Aschaffenburg. In diesem Nahverkehrsplan werde dieses Niveau gehalten und auch noch punktuell ein Ausbau, eine Verbesserung angestrebt.

Kreisrätin Münzel sagt, dass sie Bürgermeister Berninger nicht verstehen könne. Es sei bereits öfter im Stadtrat in Erlenbach diskutiert worden, dass Wünsche nicht berücksichtigt worden seien. Bei der letzten Sitzung des Arbeitskreises der Fraktionen habe Herr Betz eine Liste mit den eingegangenen Stellungnahmen der Gemeinden im Landkreis Miltenberg vorgelegt, weil die Änderungen nochmals an die Kommunen rausgegeben worden seien. Sie habe sich sehr gewundert, dass von Erlenbach keine Stellungnahme dabei war. Eingegangen seien Stellungnahmen von Eichenbühl, Eschau, Großwallstadt, Mömlingen, Kleinwallstadt, Obernburg und Sulzbach. Sie habe sich gedacht, sie müsse nichts weiter machen, wenn die Stadt Erlenbach auf diesem offiziellen Weg keine Stellungnahme abgebe. Selbstverständlich könne man in den nächsten Jahren die Wünsche immer wieder einbringen, aber jetzt heute diesen Nahverkehrsplan abzulehnen, würde sie nicht machen.

Wenn der Eindruck entstanden sei, dass die Stadt Erlenbach mit dem bisherigen Angebot nicht zufrieden sein sollte, dann sei das falsch, so Kreisrat Berninger. Ganz im Gegenteil, die Stadt arbeite daran, dass das Angebot besser werde. Er gehe davon aus, dass das andere Gemeinden im Landkreis auch tun würden. Man sei zwar im Kreistag, aber jeder müsse auch sehen, dass es mit seiner Gemeinde weitergehe. Was ihn sehr erschrecke, dass der Kreistag als politisches Gremium Stellungnahmen abgebe, Absagen bekomme, einen Entwurf eines Nahverkehrsplans lese und sage, das sei grundsätzlich okay. Dann komme die genannte E-Mail mit der Konsequenz, dass der Busunternehmer sage, dass er nicht mehr eigenwirtschaftlich arbeiten könne, sondern ausgeschrieben werden müsse. Er bezweifelt, ob allen klar sei, was eine Ausschreibung bedeute. Es bedeute, europaweit auszuschreiben. Ihm gehe es darum, mit der Ablehnung des Nahverkehrsplans symbolisch ein Zeichen zu setzen.

Landrat Scherf erwidert, es sei diesem Gremium nicht neu, dass sich die Zeit verändere. Landrat Scherf informiere seit der Kündigung des Einnahmeaufteilungsvertrages in der VAB sowohl im Kreisausschuss als auch im Kreistag darüber. Bislang habe er an der Kommunalpolitik und dem Kreistag geschätzt, dass pragmatisch gearbeitet werde. Symbolpolitik überlasse er gerne den „großen Herren“. Es könne nicht geändert werden, dass die Einnahmeverteilung auf der Grundlage der Fahrgäste erfolge. Es führe nichts dran vorbei, dass es in Deutschland üblich sei, in den Verkehrsverbünden die Einnahmen nach Fahrgastzahlen zu verteilen. Dies sei ein Prozess, der seit mehreren Jahren durch alle Verkehrsverbünde in Deutschland gehe und dem müsse man sich einfach stellen. Mit vereinten Kräften haben alle Beteiligten die Tarifeinheit der VAB für die Bürgerinnen und Bürger erhalten, auch mit Unterstützung der Regierung von Unterfranken.

Die Ablehnung des Nahverkehrsplans sei ein denkbar schlechtes Zeichen dafür, dass man dieses Leistungsniveau weiter haben wolle. Kreisrat Berninger konterkariere damit auch alles, was bislang, auch aus der Fraktion der CSU, zu diesem Thema gesagt worden sei, nämlich dass man sich der Aufgabe stellen müsse.

Kreisrat Dr. Kaiser plädiert dafür, den Nahverkehrsplan zu verabschieden und dafür zu kämpfen, dass auch in der Stadt Erlenbach das Niveau gehalten werde. Er ist der Meinung, dass man die Rechtsgrundlage, und dies sei der Nahverkehrsplan, benötige, um dann weiter gemeinsam für Verbesserungen zu kämpfen.

Landrat Scherf stimmt zu, dass man den Nahverkehrsplan als Rechtsgrundlage benötige.
Zu Kreisrat Berninger sagt er, dass die Schlacht, die er jetzt schlagen wolle, verpasst habe. Die Schlacht sei die letzten zwei Jahre innerhalb der VAB gemeinsam mit dem Freistaat Bayern geschlagen worden und man habe erreicht, dass der Freistaat Bayern sage, dass ab einer gewissen Grenze die Ausfälle über die ÖPNV-Zuweisungen erstattet würden. Jetzt benötige man den Nahverkehrsplan und lege damit die Grundlage für den ÖPNV im Landkreis Miltenberg in den kommenden Jahren.

Der Kreistag fasst bei einer Gegenstimme den

mehrheitlichen Beschluss:

Der Kreistag nimmt den vorliegenden Gesamtentwurf für die Fortschreibung des „Nahverkehrsplans der Region Bayerischer Untermain" zustimmend zur Kenntnis und beschließt den rechtsverbindlichen Beschluss.

Tagesordnungspunkt 13:
Anfragen

Landrat Scherf informiert, dass die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes Süd in Bürgstadt ab 1. August 2018 angepasst werden. Weil aber der erste Geltungstag der neuen Öffnungszeiten, der 1. August, ein Mittwoch ist, und nach dem alten Schema der Öffnungszeiten am Mittwoch ganztätig offen ist, habe der Wertstoffhof am Mittwoch, 1. August, letztmalig auch ganztätig offen.

Der Landkreis habe sich beim Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur KIP-S mit dem Neubau einer Zweifach-Turnhalle an der Main-Limes-Realschule in Obernburg beworben. Bis heute Mittag sei noch keine Rückmeldung von der Regierung von Unterfranken eingegangen, ob der Landkreis berücksichtigt werde. Landrat Scherf möchte mitteilen, für den Fall, dass hierzu eine positive Aussage komme, müssten die Planungsleistungen bis zur Leistungsphase IV nach HOAI beauftragt und die erforderlichen Anträge FAG und KIP-S gestellt werden. Nachdem der Kreistag nicht tagt, wenn dies so kommen sollte, werde das durch einen Eilentscheid des Landrates erfolgen.

Die Fragen bzgl. Anerkennung der Sportklassen konnten leider noch nicht geklärt werden, weil Herr Mitlöhner nicht erreichbar gewesen sei, um abzuklären, wie viele Sportklassen von den beruflichen Schulen in Obernburg es gebe. Landrat Scherf bemühe sich mit Nachdruck bei der Regierung von Unterfranken, so zeitig wie möglich eine Aussage zu bekommen, dass sowohl die Gemeinde Mömlingen dementsprechend ihren Förderantrag stellen könne und auch der Landkreis für die Turnhalle. (Anmerkung: Diese Zusage erhielt Landrat Scherf am 30.07.2018 telefonisch von Herrn Mitlöhner von der Regierung v. Unterfranken).

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

gez.	gez.
Scherf	**Zipf-Heim**
Vorsitzender	Schriftführerin